

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2025



Zusammenfassung der Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

Neues Führungsangebot in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus

Zeitlose Jahre – Schreiben gegen das Schweigen

Einblick ins Geheime

Inhalt**Aktuell**

- 3 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstellen Leipzig, Rostock
Stiftung Sächsische Gedenkstätten
- 4 Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße
Zukunft wählen – Stimmen für morgen
- 5 Bundesstiftung Aufarbeitung Berlin
Neues Führungsangebot in der Gedenkstätte
Zuchthaus Cottbus
Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- 6 Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig
Einblick ins Geheime
Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
- 7 35. Bautzen-Forum

Aufarbeitung

- 7 Von Marx, Lenin, Pieck und Wagenknecht
- 8 Interaktiver digitaler Stadtplan zu den geheimen Stasi-Objekten in Leipzig
Aufarbeitung der SED-Diktatur mit 2,1 Mio. Euro gefördert
„Vergessene Geschichte(n)“ – Fünf Geschichten von Menschen, die in die DDR migrierten
- 9 Das „Grüne Band“ in Stasihand

Recht

- 9 Zusammenfassung der Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

Berichte

- 10 Sowjetische Speziallager vor 75 Jahren
- 11 Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Geschichte

- 12 Zwischen Dachau und Butyrka
- 14 Ein ‚Jubiläum‘, auch des Gedenkens wert

Verbände

- 14 Gedenkfeier und -fahrt vom 09.–11. Mai 2025 zum NKWD-Lager Tost/Oberschlesien
- 15 Nachruf auf Anita Goßler
- 16 ARE-Kurzinformation

Service/Bücher

- 17 Könnten Ahnen manchmal ahnen...
Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2025
- 18 Objektaufruf: Erinnerungstücke von weiblichen Häftlingen in der SBZ gesucht!
Schriftenreihe der Brandenburger Aufarbeitungsbeauftragten
Zeitzeugen, die nach § 249 StGB DDR verurteilt worden sind
- 19 Spendenaufruf Ukraine
Der alte und der neue Krieg
- 20 Kein Buch für Westleser
- 21 Zeitlose Jahre – Schreiben gegen das Schweigen
- 23 Verdoppeltes Leben

Umschlagbild

Gedenkstein der Gedenkstätte Hoheneck. Die Gedenkstätte ist seit 22. September 2024 für die Öffentlichkeit zugänglich – Den Opfern des Stalinismus Hoheneck.
Foto: Henning Pietzsch

Editorial

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe Freunde und Förderer unserer Arbeit

der Bundestag hat kürzlich in großer Einmütigkeit, was sehr wohl noch vor kommt, die Novellierung der Rehabilitierungsgesetze für die SED-Opfer beschlossen. Dies ist eine große Stunde für die Opfer der SED Diktatur, weil die Fraktionen im Deutschen Bundestag trotz aller auch unübersehbaren Meinungsverschiedenheiten sich in dieser Frage einig waren.

Die Redebeiträge der Fraktionen waren nicht von Technokraten geprägt, sondern von großer menschlicher Anteilnahme. Es ist auch bemerkenswert, und für die anwesenden Ehrengäste aus den Opferverbänden bis heute ein nachhaltiges Erlebnis, dass sich die Abgeordneten aller Fraktionen während der Debatte und Beschlussfassung zweimal erhoben und den Vertretern der Opferverbände als Dank für Ihre Arbeit stehend Beifall spendeten.

Man könnte fragen, warum nicht schon früher? Aber lieber spät als nie! Unsere enge Verbündete aus der SPD Fraktion, Katrin Budde, hat in ihrem Redebeitrag sinngemäß ausgeführt, dass aus ihrer Sicht das Ende der Ampel-Koalition auch was Gutes hatte, weil dadurch eine großartige Lösung im Interesse der Opfer der SED-Diktatur möglich wurde. Gemeint war damit, dass eine Mehrheit im Bundestag durch die CDU/CSU Fraktion möglich wurde, und die CDU/CSU hat alles Erforderliche mit Nachdruck eingebracht, was noch im Entwurf fehlte. Ausdrücklich möchte ich mich im Namen der Opferverbände bei den Fraktionen von SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU bedanken, die sich in unserem Interesse zusammen gerauft haben. Hoffen wir, dass dieser gemeinsame Geist erhalten bleibt.



Foto: Dombrowski

Meine sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, in dieser Ausgabe wird die Opferbeauftragte des Bundestages, Evelyn Zupke, über die Novellierung der Ergebnisse berichten. Zugleich haben wir dieser Ausgabe eine Kurzfassung der wichtigsten Regelungen beigelegt. Die Verwaltung des Bundes ist derzeit dabei, die Verwaltungsvorschriften zu entwerfen. Zum 01. Juli 2025 wird das Gesetz in Kraft treten. Zögern Sie nicht, uns anzusprechen, wenn sie Anfragen haben oder Hilfestellung brauchen. Unsere Beratungsstellen stehen Ihnen dafür zur Verfügung.

Auch an dieser Stelle möchte ich an Sie appellieren, dass Sie unsere Arbeit gerne auch weiterhin mit einer Spende unterstützen können. Aber wenn sie auch ohne Spende für unsere gemeinsame Sache aktiv sind, dann ist es gut!

Seien Sie herzlich begrüßt, bleiben Sie gesund und vor allem, bleiben Sie aufrecht

Ihr Dieter Dombrowski

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv

Außenstelle Leipzig

Buchvorstellungen und Podiumsgespräche im Rahmen des Begleitprogramms „Leipzig liest“ zur Leipziger Buchmesse 2025

Donnerstag, 27.03.2025, 15.00 Uhr

Titel: Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg
Podiumsgäste: Prof. Dr. Anna Daun (Politikwissenschaftlerin),
Prof. Dr. Daniela Münkler (Mitherausgeberin),
Dr. Martin Stief (Mitherausgeber)
Moderation: Dr. Gerhard Sälter
(Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv)

Donnerstag, 27.03.2025, 17.00 Uhr

Titel: Die DDR im Blick der Stasi 1954.
Die geheimen Berichte an die SED-Führung
Podiumsgäste: Ralf Langroth (Schriftsteller),
Dr. Martin Stief (Bearbeiter)
Moderation: Prof. Dr. Daniela Münkler
(Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv)

Öffentliche Führung:

Mittwoch, 26.03.2025, 11.00 Uhr

Archivführung „Einer Diktatur auf der Spur“
Hinweis: Eine Anmeldung per Telefon unter 030 18 665-3211
oder per E-Mail an leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de wird empfohlen.

Wechsausstellungen:

07. Januar bis 30.04.2025: Die Stasi. Modulare Ausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv zur Tätigkeit der DDR-Staatssicherheit in den Regionen.

16. Januar bis 30.06.2025: „... denen mitzuwirken versagt war.“ Ostdeutsche Demokraten in der frühen Nachkriegszeit. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dauerausstellung:

– Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. – Stasi.
Die Geheimpolizei der DDR.
Die Ausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs vermittelt wichtige Grundkenntnisse über die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit.

Öffnungszeiten der Ausstellungen:

Montag–Freitag 08.00–18.00 Uhr; Samstag/Sonntag und

feiertags 10.00–18.00 Uhr. Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei. Der Eintritt ist immer frei.

Ort: Alle Veranstaltungen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
Dittrichring 24, 04109 Leipzig, Telefon: 0341 - 2247-3211
Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de/leipzig

Außenstelle Rostock

Bürgerberatung:

Dienstag, 04.03.2025, 13.00–17.00 Uhr

Dienstag, 01.04.2025, 13.00–17.00 Uhr

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen? Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)
Grüner Weg 5, 18055 Rostock

Öffentliche Führung: Mittwoch, 05. März 2025, 15.00 Uhr

Einer Diktatur auf der Spur. Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock
Straße der Demokratie 2, 18196 Waldeck-Dummerstorf

Öffentliche Führung: Mittwoch, 12. März 2025, 15.00 Uhr

Rostock geheim! Stasi-Stadt-Rundgang mit Dr. Volker Höffer / Dr. Michael Heinz
(Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)
Start: vor der „Galerie Rostocker Hof“, Kröpeliner Straße 26, 18055 Rostock

Vortrag und Gespräch: Dienstag, 01.04.2025, 18.00 Uhr

„Kristallhart gegenüber allen Feinden“. Die DDR-Staatsanwaltschaft und das MfS im politischen Strafprozess. Mit Dr. Christian Booß (Berlin) und Dr. Sebastian Richter (Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG), Grüner Weg 5, 18055 Rostock

Vortrag und Gespräch: Dienstag, 08.04.2025, 18.00 Uhr

DDR-Psychiatrie, das Krankenhaus West und die Stasi. Referentin: Dr. Kathleen Haack (Universität Rostock)
Kreisl Volkshochschule Vorpommern-Rügen. Geschäftsstelle
Stralsund, Tribseer Damm 76, 18437 Stralsund

Änderungen vorbehalten!

Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock



Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Buchvorstellung: Samstag, 29.03.2025, 19.00 Uhr

„Ein Ort für ‚Menschen mit neuem Bewusstsein‘ – Lebenswelten hauptamtlicher Mitarbeiter der Bezirksverwaltung Dresden des MfS 1950 bis 1989“

Ort: Haus der Demokratie Leipzig e. V., Bernhard-Göring-Straße 152, 04277 Leipzig

Ausstellungen:

- „Einige waren Nachbarn: Täterschaft, Mitläufertum und Widerstand“
- „Die Straße ist mein Atelier. Fotografien von Mahmoud Dabdoub“

Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft
Dülferstraße 1, 01069 Dresden. Internet: www.stsg.de

Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße

Mittwoch, 12. März 2025, 17.00 Uhr

Lesung & Vortrag: Horst Bienek (1930-1990): Schriftsteller und Zeitzeuge der stalinistischen Repression der 1950er Jahre in der DDR.

Anlässlich des Erscheinens seiner Tagebücher veranstalten die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße gemeinsam mit der Studiengemeinschaft Sanssouci e.V. einen Vortrag über den Schriftsteller und Zeitzeugen der stalinistischen Repression der 1950er Jahre in der DDR Horst Bienek. Der Vortrag bildet den Auftakt zu einer Reihe von Veranstaltungen der Stiftung, die sich mit der sowjetischen Nutzungsphase des Haft- und Justizortes Lindenstraße beschäftigen.

Der Vortragende führt in die Potsdamer Jahre Horst Bieneks auf Grundlage der Forschung und seiner Selbstzeugnisse ein, streift Verhaftung, Verurteilung und beginnende Haft anhand einer geradezu absurd anmutenden Geschichte um das Paar Schuhe, die Bienek bei seiner Verhaftung trug und schildert dann die Kontakte nach Potsdam durch die Zeitläufte von 1956 bis 1990. Der Vortrag schließt mit Bieneks Entschluss, nach langer innerer Weigerung nun doch einen dokumentarischen Bericht über Workuta zu schreiben.

Der Vortrag findet in der Gedenkstätte Lindenstraße statt. Der Eintritt ist frei. Um

Anmeldung wird gebeten unter info@gedenkstaette-lindenstrasse.de

Bildungsarbeit

Im Jahr 2024 besuchten fast 20.000 Menschen die Gedenkstätte Lindenstraße, davon rund 8.400 Schüler aus dem gesamten Bundesgebiet. Somit haben nochmals deutlich mehr Schüler als im Vorjahr diesen zentralen (außerschulischen) Bildungsort im Land Brandenburg aufgesucht. Sie nahmen an über 1.000 Vermittlungsformaten teil, insbesondere Führungen, digitalen Spurensuchen, Workshops und Zeitzeugengesprächen. Über 400 Teilnehmende aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen von Wismar an der Ostsee bis Kamenz an der deutsch-tschechischen Grenze in 34 Workshops, das ist die Erfolgsbilanz des bislang einmaligen aufsuchenden Bildungsangebots.

Jubiläum


Im Jahr 2025 wird ein doppeltes Jubiläum gefeiert: 30 Jahre Gedenkstätte Lindenstraße und 10 Jahre Stiftung. Hervorgegangen aus bürgerschaftlichem Engagement und auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist der historische Ort seit 30 Jahren eine Gedenkstätte in unterschiedlichen Trägerschaften. Seit 10 Jahren verantwortet die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße die Arbeit. Aufgrund der Förderung durch die Landeshauptstadt Potsdam und das Land Branden-

burg war eine Professionalisierung und Weiterentwicklung hin zu einem modernen, zeithistorischen Museum möglich. Der Stiftung ist es allein im Jahr 2024 gelungen, zusätzliche Drittmittel von über 400.000 Euro für Projekte in den Bereichen Ausstellung, Publikation, Forschung und Vermittlung einzuwerben. Seit 2021 konnte die Stiftung insgesamt über eine Million Euro an Drittmitteln einwerben, eine herausragende Bilanz.

Das Doppeljubiläum 30 Jahre Gedenkstätte Lindenstraße und 10 Jahre Stiftung wird am 15. Juli 2025 mit einem Sommerfest gefeiert, bei dem die Stiftung ihre Arbeit einem breiten Publikum vorstellt.

Zum Jubiläum blickt die Stiftung auch auf die Entstehungsgeschichte der Gedenkstätte zurück. So es ist gelungen, weitere Fotos aus der Nutzungszeit des ehemaligen Haft- und Justizortes seit 1990 für die Sammlung der Stiftung zu erhalten. Darunter befinden sich unter anderem fast 100 Fotos des Potsdamer Fotografen Eberhard Thonfeld aus den Jahren 1989/90.

Sonderausstellungen & Themenschwerpunkte

Im Jahr 2025 orientieren sich die inhaltlichen Themen der Stiftungsarbeit am 80. Jahrestag des Kriegsendes und den folgenden Jahren, in denen der sowjetische Geheimdienst (NKWD/MGB) das Areal in der Lindenstraße 54/55 als zentrales Untersuchungsgefängnis für das Land Brandenburg nutzte. 

Zukunft wählen – Stimmen für morgen

Zukunft ist Gegenwart und Zukunft hat Geschichte: Sie ist Teil politischer Forderungen und gesellschaftlicher Visionen, sie keimt in persönlichen Hoffnungen und Träumen. Mal erscheint sie als Verheißung, mal als Bedrohung. Besonders viel Zukunft steckt in Aufbruchmomenten, die einen Neuanfang versprechen.

Im Jahr 2025 wird die deutsche Einheit 35 alt – oder bleibt 35 Jahre jung. Wir spüren in unserer Reihe „Zurück in die Zukunft!“ im Jahr 2025 den Zukünften nach, die seit 1990 in Ost und West, bei Jung und Alt, in Stadt und Land erträumt, gefordert und gestaltet wurden. Welche Energien setzte die Einheit frei? Mit welchen Erwartungen blickten die Menschen ins vereinte „Mor-

gen“? Wie wirkte die Teilung im Neuanfang fort?

Am 18. März 2025: „Zukunft wählen – Stimmen für morgen“ mit Diskussionsabend zu Wahlen in Zeitenwenden. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten, Zeitzeugen der Volkskammerwahl und jungen Wählerinnen und Wählern wollen wir diskutieren, wie wir als Gesellschaft unsere Zukunft „wählen“ können, Fragestellungen u. a.: Welche Zukünfte versprachen Plakate, Programme, Personen und Parteien im Frühjahr 1990? Mit welchen Erwartungen gingen die Menschen an die Wahlen? Wie viel Vertrauen hatten sie in die neue demokratische Praxis, wie viel in die Zukunft?

Veranstaltungsort


Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Kronenstr. 5, 10117 Berlin)
Zeit: ab 18.00 Uhr
(Einlass: bis 17.45 Uhr)

Der Eintritt ist frei.

Anmeldung an: zukunft@deutsche-gesellschaft-ev.de.

Im Anschluss laden wir bei einem kleinen Umtrunk zu weiteren Gesprächen über die Zukunft ein.

Ausführliche Informationen

<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/diskussionsreihen/1949-2025-diskussionsreihe-zurueck-in-die-zukunft.html> 

Bundesstiftung Aufarbeitung Berlin

Die 122. Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ weist auf Jahrestage ausgewählter historischer Ereignisse in den Monaten März/April/Mai 2025 hin. Im Erinnerungsjahr 2025 setzt der Kalenderdienst einen Schwerpunkt auf die Ereignisse und Entwicklungen des Jahres der deutschen Einheit 1990 in Deutschland und Europa, die sich zum 35. Mal jähren.

Auf der Homepage <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de> finden Sie weiterhin täglich ein historisches Datum in der Rubrik „heute vor ...“ und weitere Ereignisse im historischen Kalendarium. Sollten Sie Fragen zu den angeführten Daten haben, stehen wir Ihnen mit Hintergrundinformationen gerne zur Verfügung. Die nächste Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ erscheint am 31. März 2025.

Konferenz „Erfahrung, Erinnerung und Instrumentalisierung“

Einladung zur Konferenz „Erfahrung, Erinnerung und Instrumentalisierung: Das lange Kriegsende in Europa“ vom 08.

bis 10. April 2025 in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Diese Konferenz wird in Kooperation mit dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, dem Museum Berlin-Karlsborst, der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Deutsch-Polnischen Haus organisiert.

Die Veranstaltung widmet sich der kritischen Auseinandersetzung mit etablierten Erzählungen und Deutungsmustern des Endes des Zweiten Weltkriegs. Außerdem werden die Rollen von Schauprozessen und juristischer Aufarbeitung sowie die Dimensionen geschichtspolitischer Instrumentalisierung und aktuelle Debatten der Erinnerungskultur diskutiert.

Den Auftakt bildet der Abendvortrag von Professor Dan Diner zum Thema „Kriegsende in Europa: Neue Perspektiven auf Geschichte und Erinnerung“. Das vorläufige Programm finden Sie auf unserer Website. Da die Teilnehmerzahl begrenzt

ist, bitten wir Sie um Ihre Anmeldung bis zum 20. März 2025 unter diesem Link. Ort: Kronenstraße 5, 10117 Berlin.

Empfehlung: Videoreihe „Backstage DDR“. Sie Videoreihe widmet sich dem Bildungssystem der DDR, das nicht nur Wissen vermittelte, sondern auch einem ideologischen Erziehungsauftrag folgte. www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/BackstageDDR

8. Zeitgeschichtliche Sommernacht der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie wird am Dienstag, den 01. Juli 2025, ab 18.00 Uhr in Berlin stattfinden.

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kronenstraße 5 | 10117 Berlin
Montag–Donnerstag: 09.00–16.30 Uhr
Freitag: 09.00–13.00 Uhr
Fon: 030-31 98 95-0
Fax: 030-31 98 95-210
E-Mail: bueo@bundesstiftung-aufarbeitung.de
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de
facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung

Neues Führungsangebot in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus

Anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27.01. Januar 2025 und des Jahrestages der Bombardierung von Cottbus vom 15.02.1945 startet das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. ein neues Führungsangebot in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus. Die neu gestaltete Dauerausstellung „HAFT – ZWANG – WILLKÜR. Vom Jugendgefängnis zum Frauenzuchthaus 1933–1945“ kann ab sofort von Schulklassen, Firmen und Vereinen im Rahmen von Überblicksführungen erkundet werden. Öffentliche Führungen für Einzelbesucher finden ebenfalls regelmäßig statt.

Heide Schinowsky, Leiterin der Gedenkstätte, erklärt: „Mit dem neuen Führungsangebot wollen wir die Schicksale der Menschen ins Bewusstsein rücken, die während der nationalsozialistischen Diktatur unter unvorstellbarer Willkür litten. Ihr Widerstand, ihre Überzeugungen und ihr Leid dürfen nicht vergessen werden.“

Die Führungen beleuchten die Geschichte des Gebäudes in den Jahren 1933 bis

1945, als es zunächst Jugendgefängnis, später Frauengefängnis und schließlich Frauenzuchthaus war. Anhand ausgewählter Biografien, Fotos, Dokumente und Objekte wird das Schicksal der Insassen dargestellt. Viele von ihnen wurden wegen Widerstands gegen die nationalsozialistische Diktatur, religiöser Überzeugungen oder Gesetzesverstößen inhaftiert. Frauen aus den von der Wehrmacht besetzten Ländern wurden ab 1939 inhaftiert, oft als sogenannte „NN-Gefangene“, und später in Konzentrationslager wie Ravensbrück oder

Auschwitz deportiert. Ein Großteil dieser Frauen kehrte nie zurück

Der nächste öffentliche Termine ist am Dienstag, 06. Mai 2025, um 11.00 Uhr. Plätze für die etwa einstündigen Rundgänge sind begrenzt. Reservierungen sind unter anmeldung@menschenrechtszentrum-cottbus.de oder telefonisch unter 0355/290133-0 möglich. Die Teilnahme an einer öffentlichen Führung kostet 5 Euro pro Person zuzüglich Eintritt (regulär 8 €, ermäßigt 5 €). Für Gruppen gibt es Sonderpreise.

Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Beratungstermine in der Landeshauptstadt Magdeburg im März 2025 finden am Schleinufer 12, 39104 Magdeburg dienstags von 14.00–17.00 Uhr statt.

Anmeldungen Telefon 03 91/560-1505 oder E-Mail (info@lza.lt.sachsen-anhalt.de) erforderlich.

Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig

Das Museum im Stasi-Bunker bei Machern bietet jedes letzte Wochenende im Monat von 13.00-16.00 Uhr Rundgänge durch die unterirdische Anlage an. Die Besichtigung des Außengeländes und der Sonderausstellung sind kostenlos. Gruppen können jederzeit einen extra Termin vereinbaren. Kontakt und weitere Informationen finden Sie unter:

„Leipzig liest“: Es sind in den Tagen vom 27. bis 29. März insgesamt 13 Veranstaltungen geplant, die sich vorrangig auch wieder mit den Represen-

sionen beschäftigen, die die SED- und Stasi-Diktatur zu verantworten hatte und deren Folgen so viele Menschen bis heute noch spüren und damit leben müssen. Ihnen eine Stimme geben, ist eines der wichtigen Anliegen der Arbeit des Bürgerkomitees mit der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“. Alle Veranstaltungen finden im ehemaligen Stasi-Kinosaal statt. Dass Menschen in diesem Ort über ihre Schicksale jetzt in Freiheit sprechen können, wird auch von vielen Verlagen, die auch aus diesem

Grund das Bürgerkomitee als Veranstalter auswählen, als etwas ganz Besonderes hervorgehoben.

Bürgerkomitee Leipzig e.V., Träger der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ mit dem Museum im Stasi-Bunker Dittrichring 24, PF 10 03 45, 04003 Leipzig
Tel.: 0341/9612443
Fax: 0341/9612499
Homepage:
<http://www.runde-ecke-leipzig.de>

Einblick ins Geheime

Wochenend-Führungen im Stasi-Unterlagen-Archiv am historischen Ort. Entdecken Sie die Ausstellung, das Archiv und den historischen Ort: Verschiedene Rundgänge geben einen Überblick über die Themen der Dauerausstellung, bieten einen exklusiven Blick in die Archivräume oder eine Übersicht über die „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“.

40 Jahre lang sicherte die Stasi die Herrschaft der Staatspartei SED. In ihrem „Kampf gegen den Feind“ dehnte sich das Ministerium für Staatssicherheit immer weiter aus – in Lichtenberg und der gesamten DDR. Mutige Bürgerinnen und Bürger sicherten 1990 hier die Unterlagen der Geheimpolizei nicht nur vor

der Vernichtung, sie machten Mielkes Hauptquartier wieder zum öffentlichen Raum. Heute befindet sich hier das Stasi-Unterlagen-Archiv und klärt über das Wirken der Stasi und deren Unterlagen auf.

„Ein Monument der Überwachung“: Im Stasi-Unterlagen-Archiv lagern 111 Kilometer Akten, in denen vielfach persönliche Daten über Menschen gespeichert sind – gesammelt vom Staat. Die Ausstellung „Einblick ins Geheime“ macht die Bedeutung dieses Archivs begreifbar.

Nach der Führung haben Sie die Möglichkeit, unsere Beispielakten-Sammlung

zu besuchen. Sie besteht aus Reproduktionen originaler Stasi-Unterlagen. Neben Sachakten und Personalunterlagen von Stasi-Offizieren finden sich hier auch Akten von Betroffenen. Diese haben der Veröffentlichung ihrer Unterlagen zugestimmt und machen einen „Einblick ins Geheime“ möglich.

Öffnungszeiten

Montag bis Freitag: 10.00–18.00 Uhr
Samstag und Sonntag: 11.00–18.00 Uhr

Anmeldung unter:

einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de
oder Tel. 030 18665-6770
Adresse: Normannenstr. 21a,
10365 Berlin, „Haus 7“
Internet: <https://www.einblick-ins-geheime.de/der-besuch/>

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Dienstag, 18. März 2025, 18.00 Uhr
Dr. Franziska Thun-Hohenstein, die Literaturwissenschaftlerin und Herausgeberin der Warlam Schalamow-Edition stellt ihr Buch vor: DAS LEBEN SCHREIBEN – Warlam Schalamow: Biographie und Poetik.

Dienstag, 01. April 2025, 18.00 Uhr
Dr. Thomas Schubert, der Politikwissenschaftler stellt seine Forschungsergebnisse vor: Rudolf Bahro – Denkwege eines revolutionären Romantikers.

Dienstag, 15. April 2025, 18.00 Uhr
Dr. Karl-Heinz Bomberg, der Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie referiert zum Thema seines

neuen Buchs: Was Menschen Menschen antun. Retraumatisierung politisch Verfolgter der DDR.

Dienstag, 29. April 2025, 18.00 Uhr
Günter Johannsen, der evangelische Diakon und Sozialpädagoge berichtet aus seinem Leben und stellt sein autobiografisches Werk vor: Als das Rote Meer grüne Welle hatte – Von der Nikolaikirche in die Freiheit.

Dienstag, 13. Mai 2025, 18.00 Uhr
Steffen Lutz Matkowitz, der Leipziger Kabarettist hält seinen Vortrag zum Thema: Möglichkeiten und Unmöglichkeiten eines politisch-satirischen Kabarett in der DDR-Diktatur.

Dienstag, 27. Mai 2025, 18.00 Uhr

Thomas Lukow, der Referent und ehemalige politische DDR-Häftling hält multimedial seinen Vortrag: Das Ministerium für Staatssicherheit im DDR-Fußball.

Öffnungszeiten:

Montag – Donnerstag, 10.00–18.00 Uhr sowie nach Vereinbarung.
Spendenkonto des gemeinnützigen Fördervereins Gedenkbibliothek bei: Deutsche Bank DE38 1007 0848 0624 1822 00, BIC: DEUTDE33

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Nikolaikirchplatz 5–7,
10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)
Tel.: 030 – 283 43 27
www.Gedenkbibliothek.de

35. Bautzen-Forum 15. und 16. Mai 2025

Das 35. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen, widmet sich der Frage, wie die DDR mit gesellschaftlicher „Andersartigkeit“ umging. Die Veranstaltung findet am 15. und 16. Mai 2025 im Gemeindehaus der Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde St. Petri in Bautzen statt.

Experten aus Wissenschaft, Politik und Kultur werden in Vorträgen und Podiumsgesprächen über gesellschaftliche Normen in der DDR und den Umgang mit Menschen diskutieren, die nicht

in das sozialistische Idealbild passten. Thematisiert werden unter anderem die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen, Vertragsarbeiter, Homosexuellen und Gläubigen. Ein weiteres Augenmerk liegt auf subkulturellen Jugendbewegungen wie Punk, Jazz und Heavy Metal sowie auf Formen staatlicher Repression wie Jugendwerkhöfen oder der Kriminalisierung von „asozialem Verhalten“.

Höhepunkte sind Vorträge von renommierten Wissenschaftlern wie Prof. Dr.

Sebastian Barsch und Prof. Dr. Detlef Pollack sowie eine Abendveranstaltung in der Gedenkstätte Bautzen. Das Forum bietet Raum für Austausch und Reflexion über historische Mechanismen der Ausgrenzung und deren Auswirkungen bis in die Gegenwart. **Die Veranstaltung ist öffentlich, um Anmeldung wird gebeten.**

Kontakt: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen

E-Mail: Sachsen@fes.de; Web: www.fes.de/landesbuero-sachsen



Von Marx, Lenin, Pieck und Wagenknecht

Als 1989 tausende „DDR-Insassen“ (Zitat: Gauck) aus der MARXistisch-LENINistischen SED-Diktatur flüchteten, trat in Jena Sarah Wagenknecht ganz bewusst in die SED ein. Zu der Zeit prahlte der SPD-Ministerpräsident des Saarlandes, Oskar Lafontaine, mit der Einladung zum Frühstück bei Mauerörder Honecker, den er allerdings nicht so kritisch beurteilte, sondern als seinen Genossen verehrte. Dass der Saarländer und die Thüringerin, sich einmal verbinden würden, war damals nicht absehbar.

Als der mutige Widerstand, den es seit der SBZ gab, über den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 bis zu den Massendemonstrationen vom Herbst 1989, zum Sturz des Unrechtsstaates DDR führte, trauerten beide im Gegensatz zu den jubelnden Massen. Lafontaine verließ einige Jahre später, von Machtgier und Hass zerfressen die SPD. Wagenknecht wandte sich voller Verehrung Stalin und Ulbricht zu, und gründete die verfassungsfeindliche Kommunistische Plattform innerhalb der Linken, die sich allerdings trotz mehrerer Häutungen noch fest auf einen Kaderstamm von SED-MfS-VP-NVA stützen konnte. Mehr oder weniger schnell begriffen die SED-Nomenklaturkader die „neuen Spielregeln“ und gründeten mit Geldern, die von der SED dem Volk gestohlen worden waren, neue Betriebe und suchten sich „warme Posten“ in den neuen Arbeits- und Gesundheitsämtern, sogar bis in die Behörde des Bundesbesauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, wie Jürgen

Fuchs in seinem Buch „Magdalena“ schon 1998 beklagte.

Nach kurzer Wahl-Schwächephase konnten Gysi, Wagenknecht und SED-GenossINNEN, endlich wieder gut dotierte Bundestagsmandate erringen, wobei die Mehrheit dieser Abgeordneten lupenreine SED-Kaderakten hatten, was sie aber in den Bundestagsbiographien fast alle verschwiegen. Obwohl 1989 eine Revolution stattgefunden hatte, wurde sie als „Wende“ kleingeredet und sehr schnell die alten Säulenheiligen der Ideologie wie Marx, Lenin, und Pieck weiter verehrt durch Denkmäler und Straßennamen. Der riesige Marx-Schädel in Chemnitz blieb nicht nur, er bekam 2018 in Trier sogar einen Genossen von der Kommunistischen Partei Chinas zur Seite gestellt, wie in Berlin, Dessau und Neubrandenburg. Vor allem in der „Volksrepublik“ Brandenburg konnte die SED schon sehr früh die Macht wieder übernehmen, wie ZERV-Chef Kittlaus beklagte. Jahrelang wurde eine Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur verhindert und verschleppt, während „IM Kathrin“ schon aktiv im Landtag war. Der CDU-Abgeordnete Dombrowski lief in DDR-Häftlingskleidung durch den Landtag um auf diesen Skandal aufmerksam zu machen, allerdings vergeblich. Der ROLLBACK von linken Ideologen erfolgte immer schneller.

Wagenknecht verließ die SEDLINKE, gründete 2024 ihre Kaderpartei und schaffte es, durch Tricks und Täuschung,

in Thüringen, Sachsen und Brandenburg eine Machtoption zu erreichen. Vor allem in Brandenburg wurde ihr der „rote Teppich“ ausgerollt. Geschichtsvergessen hörte man in Potsdam nur noch das Wort „Frieden“ und die FREIHEIT war ebenso vergessen, wie die Solidarität mit der vom Kriegsverbrecher Putin angegriffenen Ukraine. Auch den Begriff SELBSTBESTIMMUNG der Ukraine sucht man bei der neu angestrebten Koalition vergeblich. Willfährig hüpfen die drei Ministerpräsidenten von Brandenburg, Sachsen und Thüringen über die Stöckchen, die ihnen Wagenknecht hinhielt. Ihr Hass auf die USA und die NATO scheint weder in Potsdam, Erfurt noch Dresden die Politiker zu stören, die ihre Rollen massiv überdehnen, denn weder für die notwendige Nachrüstung noch für die Waffenlieferung an die Ukraine haben sie ein Mandat. Bundesrecht bricht Landesrecht.

Das Wagenknecht sich mit einer Mini-Kaderpartei „kalt“ an die Macht koalitiert, ist eine Gefahr für unsere Freiheit, die NICHT NUR von Extremisten von RECHTS sondern auch von LINKS bedroht ist und die Standbilder von Marx, Lenin und Pieck sind nicht nur Denkmäler, sie zeigen an, wie unser Land weiter nach links verschoben wird und damit alle mutigen Widerständler gegen diese Diktatur DISKRIMINIERT werden. Mit solchen Koalitionen wird die Spaltung unserer freiheitlichen Grundordnung massiv vertieft und unser Grundgesetz entwertet.

Alexander W. Bauersfeld

Interaktiver digitaler Stadtplan zu den geheimen Stasi-Objekten in Leipzig

Neue Erkenntnisse und zusätzliche Funktionen: Ende des Jahres 2019 hat die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ am Sitz der früheren Stasi-Bezirksverwaltung Leipzig mit finanzieller Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur einen digitalen Stadtplan mit den geheimen Stasi-Objekten in der Stadt Leipzig freigeschaltet. Das Ergebnis des 18-monatigen Forschungsprojektes zeigte gut 1.000 geheime Objekte, die die Staatssicherheit noch im Jahr 1989 betrieben hat. Mithilfe einer digitalen Karte konnten Interessierte die einzelnen Adressen recherchieren und sich über Nutzungsdauer, Abdecklegende, Art des Objektes oder

in Form einer inhaltlichen Beschreibung informieren. In den letzten Jahren fanden nun tiefgreifendere Recherchen im Stasi-Unterlagen-Archiv statt. Auf diese Weise konnten nicht nur weitere konspirative Wohnungen und Objekte ausfindig gemacht, sondern die Karte auch um einige offizielle und halboffizielle Dienststellen und -gebäude ergänzt werden. Mit dem jetzigen Forschungsstand beläuft sich die Zahl aller im Jahr 1989 in der Stadt Leipzig noch betriebenen Stützpunkte auf fast 1.200 Objekte.


Das Projekt bietet einen exemplarischen und bisher einmaligen Einblick in die flächendeckende Präsenz der Staatssicher-

heit zum Ende der SED-Diktatur am Beispiel der Stadt Leipzig und einen modernen Zugang zur Thematik der Durchherrschung der DDR-Gesellschaft. Außerdem wurde der digitale Stadtplan technisch neu programmiert und überarbeitet: Sie ist er jetzt übersichtlicher und bietet zusätzliche Filter- und Suchfunktionen für eine gezielte und strukturierte Auswertung des umfangreichen Datenbestandes.

Die interaktive digitale Karte mit den geheimen Objekten in der Stadt Leipzig findet sich auf der Internetseite der Gedenkstätte unter

www.runde-ecke-leipzig.de

oder auch direkt unter www.konspirative-wohnungen-leipzig.de

www.konspirative-wohnungen-leipzig.de 

Aufarbeitung der SED-Diktatur mit 2,1 Mio. Euro gefördert

Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) hat im Jahr 2024 35 Projekte im Land Berlin gefördert, die sich mit der Geschichte der SBZ/DDR und den Folgen der deutschen Teilung beschäftigen. Insgesamt flossen im vergangenen Jahr rund 2,1 Millionen Euro an die Projektträger. Das sind rund 200.000 Euro mehr als 2023.

Mit insgesamt knapp 731.000 Euro ging mehr als ein Drittel der Gesamtfördersumme an Einrichtungen, die Verfolgte der SED-Diktatur in Fragen der Rehabilitierung beraten oder psychosoziale Unterstützung anbieten. Erstmals erhielt die Anlauf- und Beratungsstelle für Menschen mit Heimerfahrung, ABH e. V., Fördergelder des BAB für das Projekt „Unser Haus“. Betroffene von Heimerziehung erhalten dort trauma-

sensible Beratung und Unterstützung. Der Verein baut außerdem ein Archiv und ein Zeitzeugennetzwerk auf. Weitere Mittel flossen an die Beratungsstelle Gegenwind, das Bürgerbüro e. V., die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. und die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. Diese Einrichtungen informieren über die Möglichkeiten einer strafrechtlichen, verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitierung sowie über mögliche Unterstützungsleistungen. Darüber hinaus bieten sie soziale und psychosoziale Beratung an.

„Viele ehemals politisch Verfolgte benötigen auch heute noch professionelle Hilfe, um mit den psychischen und sozioökonomischen Folgen von Haft, Verfolgung und beruflicher Benachteiligung umgehen

zu können“, sagt der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert.

„Die Erfahrungen, die viele mit den DDR-Behörden gemacht haben, hallen oft so deutlich nach, dass die Unterstützung von Beratungsstellen notwendig ist, um überhaupt Ämter kontaktieren und Rehabilitierungen und Entschädigungen beantragen und durchsetzen zu können.“

Für historisch-politische Bildung hat der BAB 2024 Fördermittel in Höhe von knapp 1,4 Millionen Euro vergeben. Die Höhe der Zuwendungen reicht von knapp 2.000 Euro bis zum mittleren sechsstelligen Bereich. Größte Einzelpfängerin ist die Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (RHG), die insgesamt rund 690.000 Euro erhielt. Die RHG unterhält das bundesweit größte Archiv der DDR-Opposition zur Dokumentation von Geschichte und Erfahrungen von Opposition und Widerstand in der DDR und betreibt die Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ im Innenhof der ehemaligen Stasi-Zentrale, des heutigen Campus für Demokratie. Sie wird vom Bund und vom Land Berlin hälftig gefördert.

Ein Teil der Fördermittel ging an Projekte zum 35. Jahrestag des Mauerfalls. So wurde zum Beispiel das Mauerfilmfest am 9./10. November 2024 unterstützt. Die Veranstalter zeigten an beiden Tagen Kurz- und Animationsfilme, Dokumentationen, Ausschnitte aus Nachrichtensendungen sowie kurze Spielfilme und

„Vergessene Geschichte(n)“ – Fünf Geschichten von Menschen, die in die DDR migrierten

Videointerviews mit Zeitungen: Wie erlebten Menschen, die in die DDR migrierten, das Leben und die Herausforderungen in dem Land? Was machen sie heute? In unserer Videoreihe des Projekts „Vergessene Geschichte(n)“ teilen fünf Zeitzeugen aus unterschiedlichen Herkunftsländern ihre ganz persönlichen Geschichten. Alle Videos finden sie auf unserem YouTube-Kanal. Hier geht es zur Playlist: <https://www.youtube.com/playlist?list=PLLbuLJO5MWYSAnbNo8B-Sbq4ujZ7Q-MK>

Deutschen Gesellschaft e. V., Mauerstr. 83/84, Berlin 10117,
<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/>

Fernsehproduktionen. Mittel flossen auch an ein Grundschulprojekt zum Mauerfall sowie an den Friedenauer TSC e. V. für die Ausrichtung des 33. Mauerfall-Gedenkturniers, eines Fußballturniers für Jugendmannschaften aus verschiedenen Berliner Bezirken.


Der BAB förderte auch die Begleitveranstaltung zur Ausstellung „China ist nicht fern“ der Axel Springer Freedom Foundation. Die Ausstellung erinnerte an die Demokratiebewegung in China 1989 und ihre gewaltsame Niederschlagung sowie die Reaktionen darauf in der DDR. Bei der Abendveranstaltung am 7. November 2024 im Asisi Panorama berichteten Zeit-

zeugen von den Ereignissen in China und in der DDR vor 35 Jahren.

Die Agentur DDR Fotoerbe erhielt für die Ausstellung „Blickwechsel. Ost-Berlin und die DDR aus der Sicht von Pressefotografinnen“ Fördermittel des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Die Fotoausstellung ermöglichte einen Einblick in die Vielfalt und den Wandel der DDR-Pressefotografie anhand von Fotos aus Ost-Berlin zwischen 1970 und 1990. Zudem wurde die Rolle von Fotografinnen in den DDR-Medien thematisiert.

Fördermittel gewährte der BAB auch für eine Tape- und Vinylproduktion der

Punk-Band Planlos, von deren Auftritten zuvor nur wenige Mitschnitte existierten. Die Band spielte in der Ost-Berliner Subkultur eine wichtige Rolle. Aufgrund ihrer explizit politischen Texte geriet sie in Konfrontation zum SED-Regime und zur Staatssicherheit, sodass sie sich infolge des Drucks 1983 auflöste.

Die Gesamtübersicht über die Projekte, die der BAB 2024 gefördert hat, ist auf der Webseite des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten abrufbar. Für das Jahr 2025 stehen dem BAB laut Haushaltsplan des Berliner Senats rund 2,15 Millionen Euro für die Projektförderung zur Verfügung. 

Das „Grüne Band“ in Stasihand

Persönliche Erinnerungen haben den gleichen Nachteil wie alte Fotos, sie werden unscharf und verblassen. Vielleicht leidet auch der neue Ministerpräsident des Freistaates Thüringen an solchen Symptomen, denn trotz der von seiner Partei vollmundig erklärter „Brandmauer“ gegenüber rechts- und linksextremen Parteien, ließ er sich mit den Stimmen von „BSW“ und „Die Linke“ ins Amt hieven. War da nicht schon 2020 eine Wahl, die einen Aufschrei auslöste und bundesweit für Aufsehen sorgte?

Selbst die Bundeskanzlerin sah sich damals aus dem fernen Südafrika genötigt, die Wahl zu kritisieren, was ihr später eine Rüge des Bundesverfassungsgerichts einbrachte, weil sie ihre Kompetenz weit, viel zu weit überdehnt hatte, wie man Amtsmissbrauch auch höflich formulieren könnte.

Doch jetzt blieb ein Aufschrei aus, es blieb auch erstaunlich still, als bei der aktuellen Regierungsbildung in Thüringen ein ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter des DDR-Ministeriums der Staatssicherheit, auch als SCHILD UND SCHWERT DER SED bekannt, als Minister vereidigt wurde. Selbst der nun ehemalige linke Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow, hatte es bisher nicht gewagt, den SED-MfS-Nomenklaturkadern so unverfroren die Macht in die Hand zu geben. Besonders zynisch ist bei dieser Landtagswahl in Thüringen im Jahr 2024, dass der neue Minister Thilo Kummer, der Sahara Wagenknechts besondere Protektion genießt, auch die Zuständigkeit für das „GRÜNE BAND“ erhält. Einfach erklärt: Die ehemalige SED-Todesgrenze, wird – genau wie vor 1989 – einem ehemaligen Mitglied der „SCHUTZ- und SICHERHEITS-ORGANE DER DDR“ unterstellt.

Wie finden das wohl die Angehörigen von Brigitte Frauendorf oder Heinz-Josef Große, die an dieser von der SED gesteuerten TODESGRENZE von „Bewaffneten Organen“ der ehemaligen DDR ermordet wurden. Allein zwischen 1949 und 1982 fielen der TODESGRENZE im Bereich Thüringen nachweislich 13 Menschen zum Opfer. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellte nach 1990 fest, dass der SED-Schießbefehl selbst gegen DDR-Gesetze verstieß! Und all das soll plötzlich nicht mehr gelten, weil Wagenknecht mit ihrer, nach stalinistischen Vorgaben geformten Kaderpartei, als Wahlhelfer gebraucht wurde und wird?

Wenn diese Berufung nicht widerrufen wird, dann werden alle Verfolgten der SED-Diktatur VERHÖHNT und DISKRIMINIERT, und es wird der freiheitlich-demokratischen Grundordnung schwerster Schaden zugefügt.

Alexander W. Bauersfeld

Zusammenfassung der Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

Das Gesetz tritt am 01. Juli 2025 in Kraft.

Gesetzesänderungen

Das Gesetz verbessert die soziale Lage der SED-Opfer, schließt Gerechtigkeitslücken und vereinfacht die Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden. Zusätzlich wird ein bundesweiter Härtefallfonds eingerichtet.


Bundesrat Drucksache 38/25

(Beschluss) vom 14.02.25,
www.bundesanzeiger-verlag.de

Beschluss des Bundesrates Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR und

zur Änderung weiterer Vorschriften. Der Bundesrat hat in seiner 1051. Sitzung am 14. Februar 2025 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 30. Januar 2025 verabschiedeten Gesetz gemäß Artikel 104a Absatz 4 des Grundgesetzes zuzustimmen.

1. Verbesserung der sozialen Lage

Erhöhung der SED-Opferrente: Die besondere Zuwendung für Haftopfer wird von 330 € auf 400 € erhöht, das entspricht 21%. Dynamisierung der SED-Opferrente: Die Höhe der SED-Opferrente 

wird ab 2026 jährlich angepasst, adäquat zur Anpassung der allgemeinen Rente.

Auflösung der Koppelung der SED-Opferrente an die Bedürftigkeit: Die Opferrente wird künftig unabhängig von der wirtschaftlichen Lage gewährt. Die Opferrente wird somit zur Ehrenpension. Bessere Unterstützung von Familienangehörigen: Die Opferrente ist nicht vererbbar, Angehörige werden jedoch nach dem Tod des Berechtigten über Unterstützungsleistungen informiert. Auflösung der Koppelung der Unterstützungsleistungen an die Bedürftigkeit: Unterstützungsleistungen werden künftig unabhängig von der wirtschaftlichen Lage gewährt.

Erhöhung der Ausgleichsleistungen für beruflich Verfolgte: Die Ausgleichsleistungen werden von 240 € auf 291 € erhöht, das entspricht 21%. Dynamisierung der Ausgleichsleistungen für beruflich Verfolgte: Die Höhe der Ausgleichsleistungen wird ab 2026 jährlich angepasst, adäquat zur Anpassung der allgemeinen Rente.

Verzicht auf die Absenkung der Ausgleichsleistungen bei Renteneintritt:

Die Absenkung der Ausgleichsleistungen von 240 € auf 180 € bei Renteneintritt entfällt. Keine Berücksichtigung von Partnereinkommen bei Bedürftigkeitsprüfung: Bei der Prüfung der Bedürftigkeit wird das Partnereinkommen nicht mehr berücksichtigt. Reduzierung der Verfolgungszeit bei beruflich Verfolgten: Die erforderliche Verfolgungszeit für Ausgleichsleistungen wird von drei auf zwei Jahre verkürzt.

2. Schließung von Gerechtigkeitslücken

Möglichkeit des wiederholten Antrags bei strafrechtlicher Rehabilitierung: Bei geänderter Gesetzeslage ist ein erneuter Rehabilitierungsantrag möglich. Einbeziehung von Opfern von Zersetzung außerhalb der ehemaligen DDR: Auch Opfer von Zersetzungsmaßnahmen außerhalb der DDR haben Anspruch auf Leistungen. Gesetzlicher Anspruch auf eine einmalige Leistung für Opfer von Zwangsaussiedlung: Opfer von Zwangsaussiedlungen erhalten eine einmalige Leistung in Höhe von 7.500 Euro.

3. Vereinfachte Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden

Die Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden wird durch eine kriterienbasierte Vermutungsregelung vereinfacht. Künftig wird beim Vorliegen bestimmter schädigender Ereignisse sowie bestimmter gesundheitlicher Schädigungen die Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs vermutet.

4. Einrichtung eines bundesweiten Härtefallfonds

Zusätzlich zu den Härtefallfonds in den ostdeutschen Bundesländern wird bei der „Stiftung für ehemalige politisch Verfolgte“ ein bundesweiter Härtefallfonds eingerichtet, um Unterstützungsmöglichkeiten unabhängig vom Wohnort der Betroffenen zu schaffen. Die Stiftung wird Unterstützungsleistungen auf Grundlage einer von der SED-Opferbeauftragten zu erlassenden Richtlinie gewähren. Auf Unterstützungsleistungen aus dem bundesweiten Härtefallfonds besteht kein Rechtsanspruch.

Sebastian Sachse, UOKG
Internet UOKG: <https://www.uokg.de/2025/02/zusammenfassung-der-novellierung-der-sed-unrechtsbereinigungsgesetz/>

Sowjetische Speziallager vor 75 Jahren


Die Sächsische Landesbeauftragte erinnert an die Schließung der sowjetischen Speziallager vor 75 Jahren und die damit verbundenen Gefangenentransporte nach Hoheneck und Waldheim. Im Februar 1950 endete die Ära der sowjetischen Speziallager. Vorausgegangen war die Bitte der SED-Führung an Stalin, die letzten drei verbliebenen Lager Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen zu schließen – als sichtbares Zeichen für das Ende der sowjetischen Besatzungszeit. Man ließ daraufhin viele Inhaftierte frei, brachte einige in andere Haftanstalten und stellte einen Teil vor Gericht. Die „Waldheimer Prozesse“ und die Geschichte des Frauengefängnisses Hoheneck sind eng damit verbunden.

Der 11. Februar 1950 gilt als „Stunde null“ für die Geschichte Hohenecks als zentrales Frauengefängnis der DDR. An diesem Tag kamen 1119 Frauen und 30 Kleinkinder – allesamt SMT-Verurteilte aus dem sowjetischen Speziallager Sachsenhausen – nach Hoheneck. Die Frauen verbanden mit dem Transport in ein deutsches Gefängnis große Hoffnun-

gen. Sie wähten sich dem sowjetischen Machtbereich entkommen und hofften, dass sich, wo sie den Deutschen unterstellt waren, alles bessern würde. Doch das Gegenteil war der Fall: ihre Urteile wurden nicht überprüft, das Personal behandelte sie wie Schwerstverbrecher und das Essen, die Unterbringung und die hygienischen Bedingungen waren katastrophal. Das Gefängnis war von Anfang an überfüllt, es herrschte ein außerordentlich strenges Haftregime. Die Kinder wurden ihren Müttern entrissen und in staatliche Einrichtungen gegeben.

Zur gleichen Zeit wurden etwa 3.400 bislang nicht verurteilte Speziallagerhäftlinge in das Gefängnis Waldheim gebracht, um sie durch DDR-Gerichte verurteilen zu lassen. Die „Waldheimer Prozesse“, die von April bis Juni 1950 stattfanden, wurden zum Inbegriff der Justiz-Willkür der DDR. Die Angeklagten, denen man Kriegs- und Naziverbrechen vorwarf, erhielten zumeist Zuchthausstrafen von 15 bis 25 Jahren. 34 Todesurteile wurden verhängt, 24 vollstreckt. Die Verfahren,

die im 20-Minuten-Takt stattfanden, entbehrten jeder rechtsstaatlichen Grundlage. Es gab keine Beweisprüfung und keinen rechtlichen Beistand.

„Wir dürfen diejenigen nicht vergessen, die die Speziallager und den menschenverachtenden Strafvollzug in der frühen DDR erleiden mussten. Diese Menschen haben unfassbare Entbehrungen und Repressionen erduldet“, betont Dr. Nancy Aris. „Sie werden immer weniger und ihre Stimmen werden immer leiser. Umso wichtiger ist es, gerade ihnen – solange sie noch leben – in Veranstaltungen Raum zu geben und ihnen zuzuhören. Ich bin Zeitzeugen wie Annemarie Krause und Alexander Latotzky, die damals auch unter den Gefangenen des „Sachsenhausen-Transports“ nach Hoheneck waren, unendlich dankbar, dass sie nicht müde werden, von ihren Erfahrungen zu berichten“, so die Sächsische Landesbeauftragte. Anlässlich des 75. Jahrestags des Gefangenentransports nach Hoheneck fand in der Gedenkstätte Hoheneck eine Gedenkveranstaltung statt, an der Dr. Nancy Aris teilnahm. 

Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Liebe Leserinnen und Leser des Stachel- drahts, in der vergangenen Ausgabe konnte ich Sie über die weitreichenden sehr positiven Auswirkungen rund um das vom Deutschen Bundestag am 30. Januar 2025 beschlossene „Sechste Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungs- rechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemali- gen DDR“ informieren. Mitte Februar hat nun auch der Bundesrat dem Geset- zespaket zugestimmt. Damit steht dem Inkrafttreten zum 1. Juli 2025 nichts mehr im Wege. Ich freue mich sehr, dass auch die Länderkammer, die sich im Sep- tember gemeinsam mit uns für deutliche Verbesserungen ausgesprochen hatte (BR-Drucksache 390/1/24), dem Gesetz zugestimmt hat. Dass die west- und die ostdeutschen Länder sich hier gemein- sam für die Opfer der SBZ/SED-Diktatur engagieren freut mich besonders und es unterstreicht die gemeinsame, gesamt- deutsche Verantwortung gegenüber unserer Geschichte. Auf meiner Internet- seite www.bundestag.de/sed-opferbe- auftragte finden Sie alle Informationen zum parlamentarischen Verfahren, ein Informationsblatt mit einer Übersicht zu allen eintretenden Verbesserungen und vieles mehr. Sehr gerne lade ich Sie ein, sich dort entsprechend zu informieren. Darüber hinaus stehen mein Team und ich Ihnen jederzeit für Fragen rund um den Gesetzesbeschluss und darüber hi- naus zu Verfügung. Dazu finden Sie am Ende dieses Beitrags nochmals meine Kontaktdaten.

Seitdem bekannt geworden ist, dass der Deutsche Bundestag die weitreichenden Verbesserungen beschließen wird und nunmehr das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen ist, erreichen mich eine Vielzahl von persönlichen Dankeschrei- ben von Opfern der SED-Diktatur. Diese Schreiben haben mich sehr berührt. In der Politik sprechen wir viel über Geset- ze und über Zahlen. Die Rückmeldungen von den Betroffenen haben mir nochmals gezeigt, dass hinter jedem einzelnen Be- troffenen eine eigene, ganz besondere Geschichte steht. Ob politisch Inhaftierte Frauen und Männer, zur zwangsweisen Umerziehung in Heime eingewiesene Kinder und Jugendliche, verfolgte Schü- lerinnen und Schüler, beruflich Verfolgte, Zersetzungsopfer, Betroffene von Zwangsaussiedlungen, und viele ande- re – ich habe mich über jedes einzelne Schreiben sehr gefreut und möchte mich



Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag.
Foto: Deutscher Bundestag, Inga Haar

auf diesem Weg ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Mein Dank gilt allen Betroffen- en von SED-Unrecht, die sich so lange haben gedulden müssen.

Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 01. Juli 2025 ist noch Einiges zu tun. Die Vorbereitungen für den beschlossenen bundesweiten Härtefall- fonds laufen auf Hochtouren. Ich freue mich, dass dabei auf die jahrzehntelan- ge erfolgreiche Arbeit der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und die Erfahrungen der Landesbeauftragten mit ihren jeweiligen Fonds aufgebaut werden kann. Hinsichtlich der vereinfachten Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden hat das Bundesjustizmi- nisterium nunmehr die Aufgabe im Ein- vernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und im Beneh- men mit mir als Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deut- schen Bundestag eine Rechtsverordnung unter Beachtung des aktuellen Standes der medizinischen Wissenschaft, wel- che schädigenden Ereignisse und wel- che gesundheitlichen Schädigungen die Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zu- sammenhangs vermutet lässt, zu bestim- men. Auch hier bin ich guter Dinge, dass dies in den nächsten Monaten gelingen wird. Auch wenn ein besonderer Fokus in diesem Jahr auf den von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Verbes- serungen für die Opfer liegt, werde ich selbstverständlich auch andere Themen, wie etwa die Renten der DDR-Flüchtlin- ge und Übersiedler oder auch die Ge-

denkstättenarbeit, nicht aus dem Auge verlieren.

Wenn Sie diesen Text lesen, haben wir bereits einen neuen Bundestag gewählt. Seien Sie versichert, dass ich auch wei- terhin all die mir gegebenen Instrumente nutzen werde, dass den Anliegen der Opfer von SED-Unrecht Gehör verschafft wird.

Ihre Evelyn Zupke

Die SED-Opferbeauftragte
beim Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 37893
sed-opferbeauftragte@bundestag.de

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13.00 bis 16.00 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 9 61 24 43

Fax (03 41) 9 61 24 99

Zwischen Dachau und Butyrka

Albert Stegerer überlebte 14 Jahre in deutschen und sowjetischen Lagern, ehe er als „Schumacher-Agent“ 1951 in Moskau erschossen wurde.

Albert Stegerer wurde am 05. November 1917 in München geboren. Sein Vater starb zwei Jahre später während der Niederschlagung der Bayerischen Räterepublik. Er selbst wuchs bei Pflegeeltern auf. Seine Mutter, eine Schneiderin, lernte er erst im Alter von zwölf Jahren kennen, nachdem er die Volksschule verlassen hatte. Von 1931 an erlernte er das Bäckerei- und Konditorhandwerk in Bad Wiessee und Bad Aibling.

Nationalsozialistische Verfolgung

Dort wurde er Ende 1935 im Alter von 17 Jahren verhaftet und vom Amtsgericht wegen schweren Diebstahls verurteilt. Stegerer selbst sagte später, er sei wegen fortgesetzter kommunistischer Propaganda verurteilt worden. Schon in seinem zehnten Lebensjahr sei er in den kommunistischen Jugendverband KJVD eingetreten und habe nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten rote Fahnen auf Schornsteinen und Kirchen gehisst. Nachdem er wegen „Beleidigung des Führers“ abermals verurteilt und mehrmals aus der Erziehungsanstalt Piusheim bei Glonn ausgebrochen war, lieferte man ihn am 10. Juli 1936 in das Konzentrationslager Dachau ein. Für das Frühjahr und den Sommer 1938 sind mehrfach Aufenthalte im „Kommandantur arrest“ verzeichnet. Im „Bunker“, wie er von den Häftlingen genannt wurde, vollzog die SS verschärfte Strafen, darunter die Prügelstrafe und das Pfahlhängen. Am 6. September 1938 verurteilte das Landgericht München II Albert Stegerer zusammen mit drei weiteren mitangeklagten KZ-Häftlingen auf Grundlage von Geständnissen wegen „fortgesetzter Unzucht unter Männern“ im KZ Dachau nach Paragraph 175 Reichsstrafgesetzbuch zu sieben Monaten Gefängnis. Zwei der Mitverurteilten waren aus politischen Gründen in Haft genommen worden, nach einem von ihnen, dem Jungsozialisten Georg Riedmeier, ist seit 2017 eine Straße in München benannt.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde das Verfahren vom Herbst 1938 am Landgericht München II auf Betreiben von Georg Riedmeier wiederaufgenommen. Im Sommer 1946 sagte dieser

aus, sein Geständnis sei durch Folter erpresst worden, und er habe es in der Verhandlung nicht widerrufen, da er die Gefängnisstrafe einer weiteren KZ-Haft vorgezogen habe. Eine Strafkammer hob das Urteil am 25. Juni 1946 auf.

Albert Stegerer verbüßte seine siebenmonatige Strafe zwischen Oktober 1938 und Mai 1938 in der Strafanstalt Bernau am Chiemsee, heute eine Justizvollzugsanstalt. Doch bereits sechs Monate nach dem Ende der Haftzeit und der Rücküberstellung nach Bad Aibling vermerkt ihn eine „Hollerith-Vorkarte“, benannt nach dem amerikanischen Erfinder des Lochkartenverfahrens, für den 23. November 1939 als Zugang im KZ Sachsenhausen bei Berlin. Er wurde von der Gestapo Bad Aibling als „Homo“ eingeliefert. Am 8. April des darauffolgenden Jahres verlegte ihn die SS von Sachsenhausen zurück nach Bayern, in das KZ Flossenbürg. In der rechten oberen Ecke der bei der Einlieferung in das Lager im Oberpfälzer Wald angelegten „Effektenkarte“ ist neben einem durchgestrichenen roten Winkel, dem Kennzeichen für die politischen Gefangenen, „§ 175“ notiert – vor dem rosafarbenen Winkel die Kennzeichnung homosexueller Häftlinge. In der Folgezeit musste Albert Stegerer in verschiedenen Außenlagern des KZ Flossenbürg Zwangsarbeit leisten. Nach einem zweimonatigen Einsatz im „Kommando Schloss Eisenberg“ (Jezeří) kam er am 17. November 1943 zusammen mit 69 weiteren männlichen deutschen Häftlingen auf Verfügung des SS-Wirtschaftsverwaltungsamtes zum Truppenübungsplatz Beneschau bei Prag (Benešov) und wurde dort in das Barackenlager in Hradischko (Hradištko) eingewiesen. Auf dem Übungsplatz „Böhmen“ der Waffen-SS, für dessen Errichtung mehr als 30.000 Einwohner vertrieben worden waren, mussten die Zwangsarbeiter Straßen bauen, Wasserleitungen errichten und Panzergräben ausheben. Angesichts des Vormarsches der Roten Armee ermordete die SS bei der Auflösung des Lagers und auf Todesmärschen mehr als hundert Häftlinge. Unter welchen Umständen Albert Stegerer im Mai 1945 in SS-Uniform von amerikanischen Truppen aufgegriffen wurde, ist ungeklärt. Fest steht, dass diese Situation, die Stegerer selbst später beschrieb, seine Entlassung in die Freiheit verhinderte. Mitte Mai übergaben ihn die Amerikaner in Südböhmen der Roten Armee.

Internierung in sowjetischen Lagern

Es folgte eine mehr als vier Jahre währende Odyssee durch mindestens acht verschiedene Lager in der westlichen Sowjetunion, die durch Unterlagen der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (GUPWI) des Volkskommissariats beziehungsweise Ministeriums für innere Angelegenheiten der UdSSR dokumentiert ist. Fogschani, Saransk, Morschansk, Kalinin (heute Twer), Ljuberzy bei Moskau und Nowgorod zählten zu den Stationen. Stegerer musste gemeinsam mit deutschen Kriegsgefangenen und anderen internierten Zivilisten unter äußerst harten Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Ausweislich seiner Gefangenenakte galt er als „Internierter“, nicht als Kriegsgefangener. Den Mitarbeitern der Lagerverwaltungen waren Stegerers Vergangenheit und seine Verfolgung im NS-Staat bekannt, wie ihre Eintragungen in den obligatorischen Aufnahmefragebögen zeigen. Am 25. Juli 1947 fasste Stegerer beides in einer Bitte um bevorzugte Rückkehr nach Deutschland abermals zusammen. Er setzte wohl darauf, dass sich der Irrtum seiner Haft als kommunistischer Antifaschist, „als einer der ihren“, aufklären ließe, nicht wissend, dass Antifaschismus oder eine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei in Stalins Sowjetunion nichts zählten, hatten doch Antifaschisten und Kommunisten zu den ersten Opfern der Stalin'schen „Säuberungen“ gehört. So blieb auch diese Bitte folgenlos. Erst im August 1949 wurde er – nach 14 Jahren Gefängnis- beziehungsweise Lagerhaft – über das Lager Nr. 69 in Frankfurt (Oder) in die Sowjetische Besatzungszone entlassen.

Zunächst bemühte sich Stegerer um eine Anstellung bei der Volkspolizei, doch wurde sein Gesuch wegen fehlender Ausweispapiere abgelehnt. Deshalb fuhr er mehrfach nach Ostberlin, nahm dort Kontakt zum Sachsenhausen-Komitee, dem Zusammenschluss der ehemaligen Häftlinge des KZ Sachsenhausen, auf und wurde als Verfolgter des Naziregimes (VVN) anerkannt. Ende 1949 versuchte er, beim sowjetischen Bergbauunternehmen Wismut, das Uran für die sowjetische Atomindustrie förderte, Fuß zu fassen. Doch seine Beschäftigung als Arbeiter unter Tage im erzgebirgischen Annaberg endete bereits am 28. März 1950 mit der Entlassung, nachdem man ihn beim Versuch des Grenzübertritts

nach Bayern gefasst hatte. Anschließend verschlug es Stegerer in die Oberlausitz, wo er ab Juli 1950 als Bäckereihilfe in Klein-Neida, heute ein Ortsteil von Hoyerswerda, eine Anstellung fand. Zudem verlobte er sich im September 1950 mit einer Waldarbeiterin und zog zu ihr nach Weißkollm. Im selben Monat wurden die beiden Eltern eines gemeinsamen Kindes. Doch das Familienglück währte nur kurz.

Denunziation bei der Stasi und Todesurteil durch ein sowjetisches Militärtribunal

Am 06. November zeigte ein Kollege aus der Bäckerei ihn bei der örtlichen Dienststelle des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) an. Stegerer habe ihm erzählt, in Westberlin beim Ostbüro der SPD gewesen zu sein, und beabsichtige, in Kürze dorthin zu flüchten. Er wolle selbst geschriebene Zettel, die das „sowjetische Volk“ beleidigen, und Zeichnungen von Werken in der Sowjetunion dorthin mitnehmen. Auch habe ihm Stegerer über seine kommunistische Vergangenheit und seine KZ-Haft berichtet. Später durchsuchte der Denunziant während eines Arztbesuches Stegerers Habseligkeiten und präzierte den Inhalt der Zeichnungen. Diese würden Angaben über die Kriegsgefangenenlager in Kalinin und Ljuberzy sowie über die militärische Infrastruktur (Flug- und Übungsplätze) und die Rüstungsindustrie in der Umgebung („Herstellung von V1 und V2, Düsenjägern, Panzern und Waffen aller Art“) enthalten. Zwei Tage später meldete der Spitzel den beabsichtigten Termin der Flucht in den Westen. Die DDR-Staatssicherheit verhaftete Albert Stegerer am 9. November 1950 in der Wohnung seiner Verlobten. Die im Stasi-Unterlagenarchiv archivierten Dokumente der Dienststelle Hoyerswerda enthalten einen einseitigen Lebenslauf von Albert Stegerer, auf zwei Seiten seine Ausführungen „zur Sache“ sowie Abschriften der beiden „Hetzschriften“. Die Staatssicherheit war über Stegerers KZ-Haft im Bilde, traute seinen Angaben jedoch nicht. Stegerer gab zu, Kontakt zum Ost-Büro gesucht zu haben, doch habe er die sichergestellten Skizzen nicht in dessen Auftrag, sondern aus eigenem Antrieb angefertigt. Mit den auf denzetteln enthaltenen Anwürfen gegen die Sowjetunion habe er gegenüber dem Ost-Büro den Nachweis erbringen wollen, mit den dortigen Verhältnissen vertraut zu sein.

Für den 10. November 1950 vermerken die Stasi-Unterlagen die „Überführung an

die höhere Dienststelle nach Dresden“, das heißt an die sowjetische Staatssicherheit. Albert Stegerer wurde über Kamenz in das zentrale Gefängnis des „Operativsektors Sachsen“ des Ministeriums für Staatssicherheit der UdSSR (MGB) auf der Bautzner Straße in Dresden überführt. Nach mehrwöchigen Vernehmungen verurteilte ihn das Militärtribunal der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland mit der Feldpostnummer 48240 am 23. Januar 1951 in Dresden wegen Spionage und „antisowjetischer Propaganda“ zur Höchststrafe, zum Tod durch Erschießen. Das Ost-Büro der SPD – die anderen West-Parteien unterhielten ähnliche Abteilungen –, das Kontakt zu ehemaligen Sozialdemokraten in der SBZ/DDR hielt, galt der Besatzungsmacht und ihren ostdeutschen Handlangern als westliche Spionagezentrale. In der Verhandlung gab Albert Stegerer zu, Zeichnungen von sowjetischen Kriegsgefangenenlagern und antisowjetische Texte angefertigt zu haben, die er an das SPD-Ost-Büro übergeben wollte. Unmittelbar nach der Verurteilung beteuerte er in seinem Gnadengesuch: „Dieses Material kam nicht an die Öffentlichkeit und wurde nicht als Spionage verwandt. (...) Ich hatte keine Verbindung nach Westen, war kein Soldat, habe nicht gegen die Sowjetunion gekämpft. Meine begangene Straftat ist die Zeichnung und die Artikel.“ Wenige Tage später wurde Albert Stegerer, wie weitere 102 zwischen Anfang 1950 und 1953 in Dresden von sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilte deutsche Zivilisten, über das sowjetische Gefängnis Nr. 6 in Berlin-Lichtenberg in die Sowjetunion deportiert. Seine Verlobte erhielt keinerlei Nachricht über seinen Verbleib.

Die Vorlage des Obersten Gerichts der UdSSR zur Entscheidung über das Gnadengesuch vermerkt auch die nationalsozialistische Verfolgung und die Haft in den deutschen und sowjetischen Lagern und schließt mit den Sätzen: „Inwiefern die (von Stegerer gezeichneten – B. P.) Pläne der Wirklichkeit entsprechen – darüber gibt es in den Akten keine Belege. Ich erachte das Urteil des Militärtribunals gegen Stegerer als richtig.“ Das Präsidium des Obersten Sowjets folgte dem Vorschlag des Vorsitzenden des Obersten Gerichts und lehnte die Begnadigung nach der Bestätigung durch das Politbüro am 13. April 1951 ab. Am 24. April 1951 vollstreckten Bedienstete im Moskauer Butyrka-Gefängnis das Todesurteil. Die Leiche wurde im Krematorium auf dem Donskoje-Friedhof in Moskau verbrannt,

die Asche in ein Massengrab auf dem Friedhof geschüttet, das zwischen 1950 und 1953 zur letzten Ruhestätte für insgesamt 927 in Moskau erschossene Deutsche wurde. Die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitierte Albert Stegerer am 15. Mai 1998 als „Opfer politischer Repressionen“.

Dr. Bert Pampel, Leiter der Dokumentationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Bei dem Beitrag handelt es sich um eine gekürzte Fassung des gleichnamigen Beitrags in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 07. Oktober 2024.

Weitere Informationen: Biographien Stiftung Sächsische Gedenkstätten: <https://www.smt-dresden.de/biografien/biografie?name=Albert%20Stegerer>
<https://www.smt-dresden.de/gnadengesuche>

Aktuelle Projekte

Verhaftet – verschleppt – vergessen: www.verurteiltundvergessen.de
Urteile sowjetischer Militärtribunale (SMT) in Dresden: www.smt-dresden.de

Monatlicher Newsletter

www.stsg.de/cms/stsg/newsletter
oder folgen Sie uns auf X unter <https://x.com/gedenkstaetten>



Geld macht alles möglich.

Salomo

Na, na, auch wenn der Weise da etwas übertrieben hat, aber ein Abo macht es auf jeden Fall möglich.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 10,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das

ABO-KONTO STACHELDRAHT

IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC: DEUTDE3333000000

Verwendungszweck „ABO Stacheldraht“ oder „Stacheldraht-Spende“

Verkaufspreis: aktuell Jahresabo 10 Euro inkl. Postversand, Einzelausgabe 1,50 Euro inkl. Postversand

Jahresabo 9 Euro elektronische Ausgabe (pdf), Einzelausgabe 1 Euro elektronische Ausgabe (pdf).

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Ein ‚Jubiläum‘, auch des Gedenkens wert

Schon im April 1945, noch vor Ende der Kampfhandlungen, **vor nunmehr fast 80 Jahren**, richteten die Sowjets in Ketschendorf, heute zu Fürstenwalde gehörend, das erste von danach noch neun weiteren Lagern auf dem Gebiet der späteren Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nach dem berühmten Gulag-System ein, mit dem sie 70 Jahre lang ihre eigene Bevölkerung in Angst und Schrecken hielten. Dazu wurde die Wohnsiedlung eines Industrierwerkes umgestaltet. Diese war 1940 bezogen worden und war für etwa 500 Bewohner ausgelegt. Auf dem Höhepunkt der Belegung, im Sommer 1946, befanden sich etwa 12.000 Gefangene darin – Männer, Frauen und Kinder. Die jüngsten waren 12 Jahre,

die ältesten 72. Kein Lagerinsasse war verurteilt. Im Jugendhaus, einem Achtfamilienhaus, waren etwa 1.500 Jungen zusammengepflegt. Aufgrund der völlig unzureichenden Ernährung und der katastrophalen hygienischen Verhältnisse starben fast 5.000 Häftlinge bis zur Auflösung des Lagers im April 1947. Die Zahl der an den Spätfolgen Verstorbenen lässt sich nur erahnen. Die Lagertoten wurden in großen Massengräbern würdelos nackt verscharrt.

Nach Untersuchung durch sowjetische Militärärzte im Dezember 1946 wurden noch 315 Häftlinge als arbeitsfähig eingestuft. Sie wurden im Januar 1947 als Zwangsarbeiter nach Sibirien verfrachtet,

von wo sie im Mai 1950 oder sogar erst 1952 nach Deutschland zurückkehren durften.

Nach dem Mauerfall schlossen sich schon 1990, noch in der ‚DDR-Zeit‘, Überlebende zu einer Gemeinschaft zusammen, um das Wissen um diese Ereignisse zu bewahren und als Mahnung gegen jede Gewalt.

Heute erinnert eine einfache Gedenkstätte an der Stelle der Massengräber an diese Menschenrechtsverbrechen, die niemals gesühnt wurden, da vom Sieger begangen.

Wolfgang Lehmann, Januar 2025

Gedenkfeier und -fahrt vom 09.-11. Mai 2025 zum NKWD-Lager Tost/Oberschlesien

Einladung zur Gedenkfeier und -fahrt vom 09.-11. Mai 2025 ab/bis Dresden zum 80. Jahrestag der Etablierung des NKWD-Lagers Tost/Oberschlesien 1945. Am 10. Mai 2025 wollen wir wieder gemeinsam mit dem „Deutschen Freundschaftskreis Tost e.V.“, dem Bürgermeister und der Stadtverwaltung eine Gedenkfeier in Tost abhalten.

Östlich von Oder/Neiße endete der 2. Weltkrieg bereits im Januar 1945. Die ROTE ARMEE – begleitet vom sowjetischen Geheimdienst NKWD – befreite am

27. Januar die verbliebenen letzten Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz. Zur gleichen Zeit wurde Tost eingenommen. Zahlreiche Bürger Schlesiens verschwanden in Gefängnissen – einige wurden sofort in Richtung Sibirien verladen. Das Krankenhaus von Tost wurde in ein „Gefängnis/Lager“ umgewidmet – eines von 28 Lagern östlich der Oder/Neiße. Erst in 1995 wurde eine Liste der Lager veröffentlicht, die bislang als „Geheimes Dokument“ galt. Anfang Mai 1945 wurden die ersten 700 Männer und Jugendlichen aus Oberschlesien im Lager Tost eingeliefert. Später kamen noch 700 Häftlinge aus Breslau dazu. Im Laufe des Sommers wurden vom Zuchthaus Bautzen 3.700 Häftlinge in drei Viehwaggontransporten nach Tost deportiert, darunter 30 Frauen und 70 Jugendliche. Sie kamen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, dem Sudetenland und Niederschlesien. Letztere wurden vermutlich auf dem Vormarsch der Sowjets mit über die Oder genommen und im „Gelben Elend“ in Bautzen abgeliefert. Am Jahresende waren über Menschen 3.000 tot.

Vorläufiges Programm:

09. Mai 2025

08.00 Uhr Abfahrt mit Charterbus von Dresden vom IBIS, Prager Straße

12.00 Uhr Ankunft in Groß Strehlitz (Strzelce Opolskie), zwei Transporte endeten hier nach tagelanger Fahrt von Bautzen, die Häftlinge mussten zu Fuß noch 20 km nach Tost laufen. Rundgang durch die Stadt, Weiterfahrt nach Tost.
16.30 Uhr ökumenischer zweisprachiger Gedenkgottesdienst in Tost
18.00 Uhr Weiterfahrt nach Laband, Einchecken in Hotel
20.00 Uhr Abendessen im Hotel

10. Mai 2025

09.00 Uhr Abfahrt nach Tost
10.00 Uhr Besuch im ehemaligen Gefängnis
11.30 Uhr Gedenkfeier an unserer Gedenkstätte
13.30 Uhr Mittagessen auf der EICHENDORFF-Burg von Tost
15.00 Uhr Spaziergang zum katholischen Friedhof. Einige Häftlinge, die gleich nach Entlassung Ende 1945 verstorben sind, wurden hier beerdigt. An der Namenstafel wollen wir Blumenschmuck ablegen.
16.00 Uhr Theaterdarbietung von



Schloss Moschen/Krägel

Toster Theater-Gruppe auf der Burg
 18.00 Uhr Rückfahrt nach Laband
 19.00 Uhr Abendessen im Hotel

Beid Rundgang durch den Schlosspark
 16.00 Uhr Rückfahrt nach Dresden
 20.00 Uhr Ankunft Dresden am IBIS-Hotel

an DFK von Tost wegen Gedenkstättenpflege, Kirche Chor. Die Gedenkfahrt und -feier wird finanziell unterstützt durch die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie durch das Sächsische Staatsministerium des Inneren, wofür ich mich im auch im Namen aller Teilnehmer sehr herzlich bedanke.


11. Mai 2025

10.00 Uhr Abfahrt nach Moschen (Moszna)
 11.00 Uhr Besichtigung des schönen restaurierten Schlosses MOSCHEN
 13.00 Uhr Mittagessen im angeschlossenen Restaurant, anschlie-

Unterbringung
im Einzelzimmer 200,00 €
Doppelzimmer 330,00 €

Die Teilnahmekosten beinhalten: Busfahrt, Mahlzeiten – mit Gästen –, zwei Übernachtungen im Hotel in Laband, Kosten für Blumenschmuck, Musik, Eintritte, Spenden

Anmeldung/Auskunft

Sybille Krägel,
 I.G. NKWD-Lager Tost 1945,
 Telefon 040 53320599 / 0170 8255515
 Mail: kraegel@uokg.de 

Nachruf auf Anita Goßler (1933–19.01.2025)

Im 91. Lebensjahr ist Anita Goßler, eine der engagiertesten Betroffenen der Aufarbeitung des SED-Unrechts, verstorben. Wer diese stille, aber tapfere Kämpferin für das Andenken der zahllosen Opfer der kommunistischen Diktatur erlebt hat, kann nur mit Hochachtung auf ihr nun vollendetes Lebenswerk schauen.

Sie wurde 1933 in Delitzsch bei Leipzig geboren und hatte mit Glück den Krieg überlebt. Bis zur zehnten Klasse besuchte sie die Schule in Wittenberg. Ihr Wunsch, das Abitur abzulegen und danach Medizin zu studieren, wurde ihr aufgrund ihrer Teilnahme an der Konfirmation verwehrt. Die Familie kehrte nach Delitzsch zurück und Anita Goßler musste erst in einer Seifenfabrik arbeiten und ab 1951 eine Lehre bei der Reichsbahn antreten. Als 19-Jährige wurde sie im Januar 1953 am Arbeitsplatz verhaftet und in die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit nach Leipzig gebracht. Sie wurde der „Mitwisserschaft von Waffenbesitz“ und „Erfindung sowie Verbreitung von tendenziösen Gerüchten“ beschuldigt. Wer sich auch nur einigermaßen in der Geschichte auskennt, wird die Beschuldigungen einordnen können.

Während der Untersuchungshaft stellte sich heraus, dass sie schwanger war. Trotzdem wurde sie in dieser Haftzeit immer wieder physisch misshandelt und am 15. Mai 1953 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Im Oktober 1953 brachte sie im Haftkrankenhaus Leipzig-Meusdorf ein Mädchen zur Welt, das ihr drei Monate nach der Geburt weggenommen wurde. Man zwang sie, ihr Kind zur Adoption freizugeben. Anfang 1954 wurde sie in das Frauengefängnis Hoheneck

in Stollberg/Erzgeb. (Sachsen) verlegt. Das Gefängnis war zu diesem Zeitpunkt vollkommen überfüllt. In der Haft musste Anita Goßler Zwangsarbeit leisten. In Hoheneck wurde sie durch häufigen Entzug des erbärmlichen Essens, langer Einzelhaft auch dreimaliger Folter im eiskalten Wasser der Wasserzelle gequält.

Die emotionalen Folgen der Zwangsadoption kann niemand nachempfinden. Bis zur politischen Wende 1989 gab es keine Kontaktmöglichkeit. Erst 1998 hatte Anita Goßler ihre Tochter mit Hilfe des Rotes Kreuzes wiedergefunden. Aber es konnte sich kein Verhältnis zwischen ihr und ihrer entfremdeten Tochter entwickeln, worunter sie bis ins hohe Alter furchtbar litt.

Sie, die miterlebte, wie Schicksalsgefährtinnen zugrunde gingen, wollte diesen

ein würdiges Andenken schaffen und unternahm mit etlichen Kameradinnen alles, um aus dem ehemaligen Frauengefängnis Hoheneck, dem Ort ihrer Qual, eine Gedenkstätte werden zu lassen. Im November 2011 wurde sie zur ersten Vorsitzenden des 1991 gegründeten Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen e.V. gewählt.

Als Mitglied des UOKG-Vorstandes (2010–2018) setzte sie sich stark für die Errichtung eines Mahnmals für alle Opfer der SED-Diktatur ein.

Anita Goßler war eine wertvolle Zeitzeugin. Sie tat nichts hinzu und nahm nichts hinweg. Anita Goßler wird uns fehlen.

Czech / Wagner
 UOKG



(v.l.n.r.): Margot Jann, Konstanze Helber, Anita Goßler, Dieter Dombrowski). Foto: K. Helber

ARE-Kurzinformation

Wie angekündigt, sind wir mit Schwung in das „Schwerpunktjahr 2025“ gestartet. Ab 18. Februar wirken wir mit bei der Gestaltung der Aufarbeitung und den Strukturfragen im ländlichen Raum. Erste Kontakte zu den neuen Bundestagsabgeordneten und Ausschüssen haben wir schon vorbereitet und aufgenommen. Uns kam entgegen, dass am 30. Januar zu unserer Freude die Novellierung des Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer des politischen Verfolgens in der bisherigen Legislaturperiode beschlossen wurde. Dies ist ein gutes Zeichen für die weitere gute Arbeit und Beweisführung in Richtung Schadensbegrenzung. Ein entsprechender Ergänzungsantrag aus der Feder

von Herrn Dr. J. Wasmuth wurde bereits an verschiedene Ministerien und im Parlament verbleibende Abgeordnete versandt und im Einzelnen erläutert.

Diese hier kurz skizzierte Ausgangssituation, nutzen wir aber für folgenden dringenden Appell: Wir benötigen dringend eine „Kraftstoffforderung“, um die Vorhaben der nächsten Monate vorbereiten und umsetzen zu können. Es geht um die Ergänzung der Gesetze, es geht um regionale und überregionale Veranstaltungen in verschiedenen Bundesländern. Es geht um den ab Sommer des Jahres geplanten Ausbau des „Ländlichen Aufarbeitungs- und Informationszentrums in Pläntz“. Es geht um die Kooperation mit der Bun-

destiftung Aufarbeitung und den Einsatz von ARE und FRE der einiges an Kosten und Hilfen dringend benötigt.

Wir bitten um ihre Reaktion und um Verständnis für unseren gemeinsamen Handlungsbedarf und damit für Planungssicherheit.

Hier noch einmal die wichtigen Kontodaten:

Bankverbindung: Raiffeisenbank OPR
IBAN: DE 68 1606 1938 0103 0127 94
Stichwort „Offensive 2025“

Mit vielen Dank im Voraus und mit herzlichen Grüßen, guten Wünschen

Das ARE/FRE- Team
mit Manfred Graf von Schwerin
Besuchen Sie uns im Internet:
www.ARE-ORG.de

Hinweise und Korrekturen

Korrektur zum Beitrag Nachruf auf Alexander Wieland in 1/25, S. 17: Hier handelt es sich um Alexander Wiegand. Der gebürtige Solinger Alexander Wiegand hat in den 1960er und -70er Jahren als Fluchthelfer gut 130 Menschen aus dem ehemaligen Ostblock in den Westen geschleust. 1972 wurde der Speditionskaufmann an der deutsch-tschechischen Grenze verhaftet und zu 26 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach viereinhalb Jahren kam er überraschend frei. Mehr als vierzig Jahre später, 2019, wurde ihm für seine Verdienste als Fluchthelfer das Bundesverdienstkreuz verliehen. Alexander Wiegand, Fluchthelfer, Sendung auf WDR 5 Erlebte Geschichten 01.11.2021 23:45 Min. Verfügbar bis 02.11.2099 WDR 5: <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-erlebte-geschichten/audio-alexander-wiegand-fluchthelfer-102.html>. Danke für diesen Hinweis an Christian Dietrich.

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für Korrekturen und Hinweise. Dank an alle Leser auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht und gewürdigt werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. **Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

Digitaler „stacheldraht“: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2024 als PDF-Dokument online im Archiv abgerufen werden unter: www.uokg.de/stacheldraht/

Unsere Webseite: www.uokg.de

Unser halbjährlicher Newsletter: www.uokg.de/publikationen/newsletter/

Wir sind in den Sozialen Medien aktiv! Folgen und abonnieren Sie uns, liken und teilen Sie gern unsere Beiträge!

UOKG auf YouTube: www.youtube.com/@UOKGnews/

UOKG auf Facebook: www.facebook.com/UOKGeV/

UOKG auf Instagram: www.instagram.com/UOKGeV/

UOKG auf LinkedIn: www.linkedin.com/company/UOKGeV/

ABONNENTEN können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung an **E-Mail**: der-stacheldraht@uokg.de

ABO-KONTO STACHELDRAHT

IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC: DEUTDE3333033300000000000000

Verwendungszweck „ABO Stacheldraht“ oder „Stacheldraht-Spende“

Verkaufspreis: aktuell Jahresabo 10 Euro inkl. Postversand, Einzelausgabe 1,50 Euro inkl. Postversand

Jahresabo 9 Euro elektronische Ausgabe (pdf), Einzelausgabe 1 Euro elektronische Ausgabe (pdf)

Der Wochenrückblick ist ein E-Mail-Pressespiegel, der Institutionen und Interessierte rund um das Thema DDR-Aufarbeitung informiert. Im Fokus stehen dabei die Opfer der SED-Diktatur. Er ist kostenlos und erscheint insgesamt in 50. Kalenderwochen im Jahr (Abweichungen möglich). Sie wollen den Wochenrückblick direkt auf Ihre Email erhalten? Sehr gerne nehmen wir Sie in unseren Verteiler auf. Dafür schicken Sie uns einfach eine **E-Mail an**: wochenrueckblick@uokg.de. Der Wochenrückblick wird herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. 030 557793-51, Fax: -40. **Internet:** www.uokg.de/wochenrueckblick/

Redaktionsschluss Impressum letzte Seite. Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unser jeweiliges Zitat auf der letzten Seite.

Könnten Ahnen manchmal ahnen...

Wie eine Familie dem DDR-Regime die Stirn bot. Anhand ihrer eigenen Familiengeschichte schildert Ulrike Linke die systematische Zersetzung einer Familie in der DDR. Die Autorin, in Zeitz Sachsen-Anhalt, aufgewachsen, erzählt, wie sie und ihre Familie statt in den Westen zu flüchten, dem DDR-Regime die Stirn bot. Sie will damit aufzeigen, welchen Machenschaften eine Minderheit von Menschen in dieser Zeit ausgesetzt war. „Manchmal erinnert mich mein Leben an Omas Geschichten vom Krieg, von Entbehrung, von Notverkäufen, vom Mauerbau und von Isolation, und dann denke ich mir: Die Geschichte hat sich irgendwie wiederholt für mich...“

Nach jahrzehntelangen Repressalien entschließt sie sich, mittlerweile Mutter eines kleinen Sohnes, einen Ausreiseantrag zu stellen und wird schließlich kurz vor dem Mauerfall im Juni 1989 aus der DDR ausgebürgert. Was sie und ihre Familie bis dahin ertragen musste, angefangen von der Überwachung durch die Staatssicherheit bis hin zu ungeklärten Todesfällen, beschreibt die Autorin in diesem Buch. Und der Kampf um Gerechtigkeit und Entschädigung begleitet sie und ihre Familie bis heute. Belegt wird ihr autobiografi-

scher Zeitzeugenroman durch Fotos und Abbildungen zahlreicher Stasi-Dokumente, die ihre Familie betrafen.

Ulrike Linke, 1964 in Wernigerode geboren, entstammt einer großbürgerlichen Zeitzer Familie, ist Autorin zahlreicher Bühnenprogramme, Geschichten, Puppentheaterstücke, Kurzgeschichten und Satire für Kinder und Erwachsene. Sie lebt seit ihrer Ausreise aus der DDR mit ihrer Familie im Schwarzwald.

Zum Zwecke der Kontaktaufnahme mit Betroffenen und Interessierten haben wir eine E-Mail-Adresse eingerichtet: koenntenahnenmanchmalahnen@email.de

Als noch lebende Zeitzeugen möchten wir unsere unglaubliche und filmreife Familiengeschichte vorstellen. Geplant sind Lesungen in öffentlichen Einrichtungen, unter anderem in Einrichtungen der politischen Bildung, Gedenkstätten, Bibliotheken und Museen etc., auch in Kooperation mit Referenten, Ausstellungen und anderen Aktivitäten der jeweiligen Einrichtungen, vor allem aber als Projekt für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit, um zu erinnern, wachzurütteln und Bildungslücken zu schließen.



(von links): Joachim Presch – Ehemann der Autorin, Ulrike Linke – Autorin, Maximilian Linke – gemeinsamer Sohn.

Internet unter „[ddr-aufarbeitung.de](http://www.ddr-aufarbeitung.de)“:

<https://www.ddr-aufarbeitung.de/start/aufarbeitung/k%C3%B6nnten-ahnen-manchmal-ahnen/>

Buchhandel:

<https://www.amazon.de/K%C3%B6nnten-Ahnen-manchmal-ahnen-Familie/dp/3954572389#customerReviews>

.....
 Ulrike Linke: *Könnten Ahnen manchmal ahnen... Eine Familie unter den Augen der Stasi*. Herausgeber: Aquensis Verlag; 1. Edition März 2024, 148 Seiten, ISBN-13: 978-3954572380.


Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2025

Hat der Kommunismus in der Geschichte westeuropäischer Demokratien einen Ort? Das „Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2025“ widmet sich der Frage, wie sich der Kommunismus – als Partei und Bewegung, in Gestalt seiner Protagonisten und seiner Programme – in der westeuropäischen Demokratiegeschichte verorten lässt. Kommunistische Parteien haben früh das Interesse von Politik- und Geschichtswissenschaft auf sich gezogen. Wie keine andere politische Bewegung ist die kommunistische Partei als transnationales Phänomen begriffen und untersucht worden. Dieser Band bringt Demokratiegeschichte und Kommunismusforschung in einen Dialog und analysiert die realen Wechselwirkungen. Dabei richtet sich der Blick nach Westdeutschland, Italien, Frankreich, Spanien, Portugal, Großbritannien und in die Nie-

derlande. Die Beiträge verdeutlichen, wie westeuropäische Kommunistinnen und Kommunisten von dem demokratischen Kontext geprägt wurden, in dem sie sich bewegten, und welche Wirkung sie darin entfalten konnten.

Der Sammelband geht über eine reine Betrachtung von Ideologie und Partei hinaus und fragt, wie sich Kommunistinnen und Kommunisten an parlamentarische Verfahren anpassten, welche Rolle sie in der Erinnerungskultur spielten und wie sie durch ihre politische Praxis die Demokratie erweiterten oder herausforderten. Das JHK 2025 dokumentiert die Beiträge der 5. Hermann-Weber-Konferenz für Historische Kommunismusforschung. Die Gastherausgeberschaft übernehmen Dr. Claudia C. Gatzka und Dr. Dominik Rigoll, die die Konferenz konzipiert und

2023 in Berlin ausgerichtet haben. Seit seiner Gründung 1993 durch Hermann Weber hat sich das Jahrbuch als führende deutschsprachige Plattform der internationalen Kommunismusforschung etabliert. Es erscheint seit 2004 im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung unter der Leitung von Dr. Ulrich Mähler. Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Bundesstiftung Aufarbeitung: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/jahrbuch


Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2025, hrsg. von Claudia C. Gatzka und Dominik Rigoll (Gastherausgeber der Ausgabe 2025) und Ulrich Mähler im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung, Berlin: Metropol Verlag 2025, 304 S., ISBN: 978-3-86331-792-8, 29,- Euro. Ab 26. Februar 2025 im Buchhandel erhältlich. 

Objektaufruf: Erinnerungsstücke von weiblichen Häftlingen in der SBZ gesucht!

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten realisiert im Jahr 2025 eine Wanderausstellung mit dem Arbeitstitel „In Sommerkleid und Sandalen... Verfolgung und Verurteilung von Frauen 1945-1956.“ Anlass ist der 75. Jahrestag des Transports von 1.119 Frauen und ca. 30 Kindern von Sachsenhausen nach Hoheneck. Für dieses Ausstellungspro-

jekt werden Erinnerungsstücke, Fotos und Dokumente von Hoheneckerinnen gesucht, die auf diesem Transport waren. Das Projekt wird gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V. und des Fördervereins Gedenkstätte Leistikowstraße e.V. Die Wanderausstellung

soll im September eröffnen und später an verschiedenen Orten gezeigt werden.

Haben Sie Objekte, Dokumente oder Geschichten, die zum Thema der Ausstellung passen? Dann kontaktieren Sie bitte die Kuratorin Katharina Gräß unter graeb@leistikowstrasse-sbg.de oder telefonisch 0331-23184653 

Schriftenreihe der Brandenburger Aufarbeitungsbeauftragten

In der Schriftenreihe der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) sind zwei neue Publikationen erschienen: „Stimmen aus der Verbotszone. Texte und künstlerische Arbeiten der DDR-Opposition in den „radix-blättern“, herausgegeben von Stephan Bickhardt, Maria Nooke und Peter Ulrich Weiß, beschäftigt sich mit der Überwindung fehlender Meinungs- und Pressefreiheit in der DDR. Im Mittelpunkt steht die 1986 gegründete illegale Zeitschrift „radix-blätter“. Sie gilt als eine der außergewöhnlichen und wichtigen Schriftreihen der DDR-Opposition, da sie inhaltlich politische Gegenöffentlichkeit mit kulturellem Underground

verknüpfte. Anspruchsvoll gestaltet und landesweit vertrieben, gaben ihre Beiträge wesentliche Anstöße für die oppositionelle Selbstverständigung und konkretes Protesthandeln. Der vorliegende Band versammelt in kommentierter Form erstmals Originaltexte und Werke aus den „radix-blättern“. Sie stammen von bekannten Oppositionellen wie Bärbel Bohley, Ludwig Mehlhorn oder Edelbert Richter sowie von Vertretern der alternativen Kunst- und Literaturszene wie Elke Erb, Adolf Endler oder Bert Papenfuß-Gorek.

In „Die Abriegelung. Das SED-Grenzregime zu West-Berlin in Brandenburg (1945–1989)“ legt der Historiker Rainer

Potratz die erste Gesamtdarstellung über die Entstehungsgeschichte und Folgen des tödlichen DDR-Grenzsicherungssystems im ehemaligen Bezirk Potsdam vor. Vor dem Hintergrund der deutschen Teilung und des Kalten Kriegs setzten die SED-Machthaber damals alles daran, eine unüberwindbare Grenze zu errichten und die Menschen am Verlassen der DDR zu hindern. Anhand neuer Quellenfunde und zahlreicher Ortsbezüge zeigt der Autor, wie stark sich betroffene Grenzregionen und das Leben darin veränderten. Überwachung, Kontrolle und Zusammenwirken von Militär, Polizei und zivilen Institutionen werden ebenso thematisiert wie der Grenzalltag und die vielen Fluchtversuche. 

Zeitzeugen, die nach § 249 StGB DDR verurteilt worden sind

Sehr geehrte Damen und Herren, in der DDR zählten die nach § 249 StGB DDR verfolgten Menschen zeitweise zur größten inhaftierten Personengruppe. Und dennoch ist bis heute in der Öffentlichkeit wenig über das Schicksal dieser Menschen bekannt.

Für ein wissenschaftliches Projekt werden **Zeitzeugen** gesucht, **die in der DDR nach § 249 StGB DDR verurteilt wurden und über ihre Lebensgeschichte berichten wollen**. Ihre Biografien sollen unter anderem anonymisiert in der Politischen Bildung und der Ausbildung von zukünftigen Sozialarbeiter Anwendungen finden.

Mein Name ist Jane Gerhardt, ich bin als Pädagogin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Neubrandenburg tätig. Unter der Betreuung von Prof. Hubertus Buchstein (Universität Greifswald) und Prof. Christine Krüger (Hochschule Neubrandenburg) forsche ich im Rahmen meiner Doktorarbeit zum Stigma der „Asozialität“ in Ostdeutschland.

Bitte melden Sie sich, wenn Sie Ihre persönlichen Erlebnisse teilen möchten, **telefonisch unter +49 015560304629**, **per E-Mail: gerhardt@hs-nb.de oder postalisch unter: Jane Gerhardt (Soziale Bildung e.V.), Doberaner Str. 21, 18057 Rostock**.

Alle Aussagen werden vertraulich behandelt, können nach Wunsch anonymisiert werden und werden nur zu den vereinbarten Zwecken in der Forschung und Bildungsarbeit verwendet. Im Vorfeld erhalten Sie eine Datenschutzeinwilligung.

Für weitere Fragen und Informationen stehe ich Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

Ich bedanke mich und verbleibe mit besten Grüßen,

Jane Gerhardt
Hubertus Buchstein

Spendenaufruf Ukraine

Weiterer Transport von Hilfsgütern für die Ukraine geplant. Am 24. Februar 2022 begann Russland seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die gesamte Ukraine. Die Unterstützung des Cottbusser Menschenrechtszentrums (MRZ) für die Ukraine bleibt ungebrochen. Mitte März wird ein weiterer Hilfstransport mit dringend benötigten Gütern stattfinden. Ermöglicht wird dieser in Zusammenarbeit mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und organisiert von Sylvia Wähling, der ehemaligen geschäftsführenden Vorsitzenden des Menschenrechtszentrums e. V.

Ein Rettungswagen und eine OP-Lampe für das Regionalkrankenhaus in Charkiv, 340 Packungen Erwachsenenwindeln für Lemberg, Sokal und Charkiv sowie weitere Hilfsgüter sollen in die Ukraine geliefert werden. Ein weiteres wichtiges Projekt ist ein Beatmungsgerät für das Kinderkrankenhaus in Odessa.

„Jede Spende hilft, Leben zu retten und die dringend benötigte medizinische Versorgung zu gewährleisten. Wir dürfen die Menschen in der Ukraine nicht alleine lassen.“, sagt die Geschäftsführende Vorsitzende vom

Verein Menschenrechtszentrum Cottbus Heide Schinowsky.

Konto: Menschenrechtszentrum Cottbus e. V., Sparkasse Spree-Neiße
IBAN: DE92 1805 0000 3000 0414 50,
BIC: WELADED1CBN
Stichwort: „Ukrainehilfe“

Heide Schinowsky, Geschäftsführende
Vorsitzende Menschenrechtszentrum
Cottbus e. V. (MRZ)
Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus
Bautzener Str.140
03050 Cottbus

Der alte und der neue Krieg

Chaim Noll, 1954 als Hans Noll in Ostberlin geboren, ist der Sohn des DDR-Schriftstellers Dieter Noll (1927-2008), der mit seinem zweibändigen Kriegsroman „Die Abenteuer des Werner Holt“ (1960/63) bekannt wurde. Hans Noll verweigerte den Wehrdienst in der „Nationalen Volksarmee“, wurde 1980 in eine Nervenklinik eingewiesen und durfte am 08. Mai 1984 nach Westberlin ausreisen. Sein erstes Buch „Der Abschied. Journal meiner Ausreise aus der DDR“ (1985) bietet dem Leser auch heute noch wichtige Informationen über die letzten DDR-Jahre. Mit seiner Frau Sabine Kahane übersiedelte er 1995 nach Israel, nahm den Vornamen „Chaim“ an und erhielt 1998 die israelische Staatsbürgerschaft. Er lebt heute als Schriftsteller in Beer Sheva, der Hauptstadt der Wüste Negev. Sein wichtigstes und überzeugendstes Buch ist ein wissenschaftliches Werk von 677 Seiten „Die Wüste. Literaturgeschichte einer Urlandschaft des Menschen“ (2020).

Der Krieg, um den es hier geht, ist der Gaza-Krieg von 2008/09, der vom 27. Dezember 2008 bis 18. Januar 2009, also 22 Tage, dauerte. Doch wenn man diese undatierten Aufzeichnungen liest, fühlt man sich ständig an den gegenwärtigen Gaza-Krieg erinnert, der am 07. Oktober 2023 begann und noch nicht beendet ist. Der Staat Israel lebt, das wird dem Leser rasch klar, seit der Gründung am 14. Mai 1948 ununterbrochen im Krieg, der an drei Fronten geführt und lediglich von Waffenstillständen unterbrochen wird. Ständig werden aus dem Gaza-Streifen und aus dem Libanon Raketen auf israelische Wohngebiete abgeschossen, stän-

dig heulen die Sirenen, auch nachts, und zwingen die Einwohner, die Schutzräume aufzusuchen. Ein normales Leben wie hier in Deutschland ist das nicht!

Diese Gefahr, von seinen arabischen Feinden überrannt und ausgelöscht zu werden, schwebt seit 1948 wie ein Damokles-Schwert über dem Staat Israel! Diese Gefahr muss man immer bedenken, wenn man Israel kritisiert, weil man nicht versteht, warum die Streitkräfte so oder so reagieren.

Das Buch beginnt damit, dass die Ehefrau des Erzählers in der Nacht zum Freitag einen Wolf aus dem Garten vertreibt, der einer Katze nachstellt und dann in der Wüste verwindet. Das ist ein kräftiges Bild für die von außen lauernernden Gefahren, denen Israel ausgesetzt ist. Und dann liest man den Satz: „Wenn es uns gut geht, verlieren wir die Gefahr aus den Augen.“ Die Gefahr heißt, um ein Beispiel zu nennen, Mousa Abu Marzuk, einer der Hamasführer, die die Israelis ins Meer treiben möchten. Er wohnt aber nicht im Gaza-Streifen und darbt mit seinem Volk, sondern im Ölstaat Katar, wo er, von Allah auserwählt, ein prächtiges Leben führt und von wo aus er dafür sorgt, dass die Israelis nachts aus dem Schlaf gerissen werden: „Gegen zwei Uhr morgens wurden wir von der Sirene geweckt, standen rasch auf und liefen, so schnell es ging, die Treppen hinunter in den bombensicheren Raum. Wir waren zu müde, uns aufzulegen.“

Selbstverständlich gibt es im heutigen Israel auch das Leben, wie wir es in Deutschland kennen, mit seinen Alltags-

sorgen, mit seinen Beschwerden und seinen Freuden, aber das alles ist ständig überschattet von der Angst vor den Angriffen aus der Luft! Auch vom israelischen Alltag berichtet der Erzähler: So hat er vor Jahren in Haifa, dem beliebten Wohnort aus Deutschland entkommener Juden, von seiner Großtante Klara ein Haus geerbt, in dessen Erdgeschoss Rafael aus Marokko ein Süßwarengeschäft betreibt. Im ersten Stock wohnte Frau Löwenthal aus Augsburg, die aber vor zwei Jahren verstorben ist. Die Schilderung allein, wie das Haus, dessen Preis künstlich hochgehalten wird, weil ständig neue Scheinkäufer bei Rafael vor der Tür stehen, den Besitzer wechselt, ist ein wahres Meisterstück der Erzählkunst!

Der Erzähler ist zudem ein gläubiger Jude, der an jedem Shabbath mit seinen Enkeln die Synagoge besucht und dort althebräische Texte studiert. Er sitzt auch nicht ununterbrochen am Schreibtisch, was man bei einem ehemaligen Universitätsprofessor erwarten könnte, sondern widmet sich stundenlang der Gartenarbeit: „Mittags im Garten gearbeitet... Unser Garten ist halbwild. Ich versuche, alles wachsen zu lassen. Was unmöglich ist. Trotzdem kostet es mich Überwindung, zu sägen, zu schneiden, zu vernichten. Palmen säen sich von selbst, Zitronenbäume wachsen in erstaunliche Höhen. Der Holunder wuchert. Die Gewächse nehmen einander das Licht weg, den Raum und das Wasser.“

An einer Stelle mitten im Buch beklagt der Erzähler, dass die Bewohner des Gaza-Streifens nur das eine Ziel verfolgen: Israel zu vernichten! Obwohl Tausende



von Bewohnern im Gaza-Streifen und im Westjordanland, wenn „Frieden“ herrscht, im israelischen Kernland arbeiten, Geld verdienen und beide Volksgruppen einander helfen, werden sie keine echten Nachbarn: „Nein, wir können sie nicht verstehen. Obwohl sie uns räumlich so nahe sind. Obwohl wir sie täglich sehen und ganz gut zusammenarbeiten, wenn Not am Mann ist. Trotzdem, da ist keine geistige Nähe, kein wirkliches Verständnis. Sie bleiben uns unbegreiflich. In Gaza gibt es keine nennenswerte Industrie oder Landwirtschaft, dort wird nichts entwickelt, erfunden oder exportiert, man lebt von ausländischen Hilfsgeldern, alle Energie mündet in Waffenschmuggel und Waffenbau, in die Herstellung explosiver Substanzen und Raketen...unsere Trup-

pen und Siedler sind vor Jahren abgezogen, nun hätten sie Gelegenheit, den Staat vorzubereiten, nach dem sie sich angeblich so sehnen, seine Grundlagen zu schaffen, etwas aufzubauen, eine eigene Wirtschaft, ein Schul- und Gesundheitswesen, Universitäten, zivile Strukturen für die Bevölkerung...Stattdessen graben sie Tunnel und bauen Raketen. Wie Besessene.“

Der Erzähler bringt auch ein Beispiel, wie ein mitleidiger Politiker aus den Niederlanden, der den Gaza-Leuten helfen wollte, in seiner Heimat Spenden sammelte für Straßenleuchten und Verkehrszeichen im Gaza-Streifen. Als er ein Jahr später den Gaza-Streifen erneut besuchte, waren dort fast alle Straßenleuchten und

Verkehrszeichen verschwunden. Warum? Ein Techniker hatte herausgefunden, dass sich „die Rohre, an denen sie befestigt waren, zum Bau von Geschossen eigneten.“ Von solchen Geschossen getroffen wurde auch der israelische Soldat Yoav Rosenblatt, der mit 21 Jahren gefallen ist. Die Schilderung seiner Beerdigung ist eine der tief berührenden Passagen in diesem Buch.

Und dann ist plötzlich „Frieden“, am 19. Januar 2009, was der ungläubige Erzähler an der plötzlich ausbrechenden Stille merkt: „Schon morgens im Bett spüre ich, dass der Waffenstillstand in Kraft getreten sein muss. Die Stille ist erschütternd. Sie ist geradezu hörbar. Weder das Krachen der Jäger noch das Tackern der Helikopter. Leises Rascheln der Blätter, Klappern der Palmwedel...Es bleibt ein bestürzend ruhiger Tag.“

.....
 Chaim Noll: „Die Stille am Morgen nach dem Krieg“, Novelle, XS-Verlag, Berlin 2024, 123 Seiten, ISBN 978-3944503264.

Dr. Jörg B. Bilke

Kein Buch für Westleser

Jenny Erpenbecks Roman „Kairos“. Der vierte Roman „Kairos“ der Ostberliner Schriftstellerin Jenny Erpenbeck erschien vor drei Jahren und wurde von der Literaturkritik wohlwollend aufgenommen. Die Enkelin des kommunistischen Emigranten und späteren SED-Politikers Fritz Erpenbeck (1897-1975), der am 30. April 1945 mit der „Gruppe Ulbricht“ aus dem Moskauer Exil ins zerstörte Nachkriegsdeutschland gekommen war, hatte seit 2008 mit der Veröffentlichung dreier Romane und anderer Prosatexte ausreichend bewiesen, dass sie gute Literatur schreiben konnte, welche zudem mit acht Literaturpreisen gewürdigt wurden, darunter mit dem „Thomas-Mann-Preis“ (2016) und dem „Uwe-Johnson-Preis“ (2023) für den Roman „Kairos“ (2021). Gewaltigen Auftrieb aber bekam der Roman 2024 durch die Verleihung des „Internationalen Booker Prizes“ in London.

Geboten wird dem Leser hier auf 369 Seiten eine aufregende Liebesgeschichte in den Jahren 1986/92, den Mauerfall vom 09. November 1989 eingeschlossen, deren Drastik noch dadurch verschärft wird, dass der verheiratete Liebhaber 34 Jahre älter ist als seine Geliebte und zudem, das beichtet er ihr freimütig schon am ersten Abend, noch eine weitere Geliebte hat. Das alles geschieht vor der Kulisse der geteilten Stadt Berlin und beginnt am 11. Juni 1986. Als Hans W., der Kettenrau-

cher ist und ständig Schnäpse zum Kaffee trinkt, sechs Jahre später stirbt, ist die Liebesbeziehung längst erloschen, Katharina erfährt von seinem Tod während einer Reise in Pittsburgh/Pennsylvania.

Was den Westleser merkwürdig berührt, ist das geschichtsferne Leben des ungleichen Paares. Beide Protagonisten sind offenbar überzeugte DDR-Bürger, auch wenn sie ihrem Staat die Ausbürgerung Wolf Biermanns im Herbst 1976 nicht verzeihen können und sich über ein Aufbaugedicht des Parteibarden Kurt Barthel lustig machen. Als die 19jährige Katharina wider Erwarten für eine Woche zum 70. Geburtstag ihrer Großmutter nach Köln fahren darf, hat sie danach nichts über ihre Westreise zu erzählen, außer, dass sie an einer Kölner U-Bahnstation vier Bettler gesehen hat, was sie erschüttert! Und dass sie in der Innenstadt einen Sexshop besucht hat, was sie entsetzt! Auf diese beiden Beobachtungen reduziert sie die Möglichkeiten, die ein demokratischer Staat bietet, in dem alle vier Jahre, im Unterschied zur SED-Diktatur, freie und geheime Wahlen stattfinden. Dass in diesen sechs Jahren ihrer Liebe der SED-Staat untergeht, dass in Leipzig jeden Montag bis zu 70 000 Demonstranten über den Ring ziehen, dass in Ostberlin aufbegehrende Jugendliche verprügelt und festgenommen werden: Nichts davon kommt in diesem Buch nicht vor!

Was aber vorkommt, sind kleine, für den Westleser unverständliche Andeutungen, die man erklären muss. So heißt es schon auf der fünften Seite: „Bei den Ungarn soll es den Lukacs geben.“ Gemeint ist das „Ungarische Kulturzentrum“ in der Ostberliner Dorotheenstraße, wo es Bücher und Schallplatten gab, die man anderswo nicht kaufen konnte. Für DDR-Intellektuelle war diese Mitteilung über Lukacs eine elektrisierende Information, denn der marxistische Literaturwissenschaftler Georg Lukacs (1885-1971) in Budapest war während des Ungarnaufstands im Herbst 1956 Minister in der Revolutionsregierung von Imre Nagy, entging nur knapp der Exekution und galt fortan in SED-Kreisen als „Konterrevolutionär“, seine Bücher durften nicht mehr gedruckt werden, und aus den Bibliotheken wurden sie aussortiert.

Dieser ältere Herr, der Katharinas Vater sein könnte, ist aber auch ein erfahrener Frauenverführer, der sich seine Geliebte gefügig macht, indem er sie in sein früheres Leben einweiht. So erzählt er ihr, dass er 1939 im Alter von sechs Jahren mit seinen Eltern auf einem Schiff aus der lettischen Hauptstadt Riga in den „Warthegau“ verbracht wurde, wo sein Vater eine Professur an der „Reichsuniversität Posen“ zugewiesen bekam. Die historischen Hintergründe aber verschweigt er: Im geheimen Zusatzabkommen zum Hitler-

Stalin-Pakt vom 23. August 1939 wurden Estland und Lettland der Sowjetunion zugesprochen, die deutsche Minderheit dort wurde „ins Reich“ umgesiedelt. Die Eltern von Hans W. flohen gegen Kriegsende nach Göttingen, wo sein Vater wieder eine Professur innehatte. Der Sohn siedelte gegen den Willen seines Vaters 1951 nach Ostberlin über. In den DDR-Geschichtsbüchern wurde die Kooperation 1939/41 zwischen Stalin und Hitler nie erwähnt!

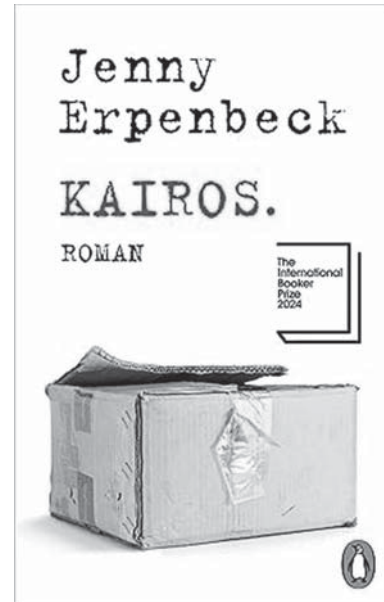
Dass Hans W. ein Psychopath ist, der seine Geliebte mit ständigen Vorwürfen quält, erschließt sich dem Leser in der Szene am Bahnhof Frankfurt/Oder, als er ihr die Liebe aufkündigt. Sie fällt ins Bodenlose und ist dem Selbstmord nahe, dennoch versöhnen sie sich. Er geht zum Psychiater, wo er aber kaum über seinen Seelenzustand spricht, sondern über den Dichter Friedrich Hölderlin, der von 1806 bis zu seinem Tod 1843 in geistiger Umnachtung in Tübingen lebte. Der Arzt fragt, warum Hölderlin wahnsinnig geworden ist, und Hans W. antwortet: „Und ob überhaupt.“ Dahinter steckt die von dem französischen Germanisten in seinem Buch „Hölderlin und die Französische Revolution“ (1969) aufgestellte und von der DDR-Germanistik übernommene These, dass Hölderlin begeisterter Anhänger der Französischen Revolution von 1789 war und als heimlicher Jakobiner in der deutschen Provinz seine Umnachtung nur vortäuschte, um nicht verfolgt zu werden.

Einmal unternimmt das ungleiche Paar auch eine Reise nach Moskau und läuft stundenlang durch die Hauptstadt der Weltrevolution. Irgendwo stoßen sie

dann auch auf das Hotel Lux, das heute einen anderen Namen hat, am dem sie aber vorbeigehen. Auch das ist eine Anspielung! Im Text heißt es: „Gehen die Uliza Gorkowa hinauf, vorbei an der Nummer 10, in der das Hotel Lux war. Jetzt heißt es Zentralnaja.“ Dieser Satz steht doch nicht ohne jede Absicht in diesem Roman. Wer sich in der Geschichte der stalinistischen Säuberungen 1936/38 auskennt, der weiß, dass das Hotel damals mit kommunistischen Emigranten aus Deutschland überbelegt war. Johannes R. Becher (1891-1958), der spätere DDR-Kulturminister, war einer von ihnen, ein anderer Herbert Wehner (1906-1990), der spätere SPD-Politiker. Jede Nacht polterten die Verhaftungskommandos des Geheimdienstes NKWD durch die Gänge und nahmen unschuldige Leute mit, die, wenn sie Glück hatten, für Jahrzehnte in einem Zwangsarbeitslager verschwanden, falls sie nicht sofort erschossen wurden.

Dieses Buch steckt voller Anspielungen auf das zweigleisige Denken von DDR-Intellektuellen, die genauestens Bescheid wussten darüber, was in ihrem Staat an Ungesetzlichem geschah, die es aber nicht oder nur verschlüsselt artikulieren durften.

Nach der Rückkehr aus den Vereinigten Staaten nimmt sie Einsicht in die Stasi-Akte ihres verstorbenen Geliebten. Warum ihr das als nicht verwandter Person gestattet wird, erfährt man nicht. Sie liest mit Entsetzen, dass er schon 1964, drei Jahre vor ihrer Geburt, angeworben wurde. In der konspirativen Wohnung „Sonnenschein“ in Ostberlin hat er dann seine Verpflichtungserklärung unterschrieben



.....
 Jenny Erpenbeck: „Kairos“, Roman, Penguin-Verlag München 2023, 384 Seiten, ISBN: 978-3328109341

und wurde „inoffizieller Mitarbeiter“ mit dem Decknamen „Galilei“. Nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns am 16. November 1976 ist sein Verhältnis zur Staatssicherheit „Schwankungen“ unterworfen. Zwölf Jahre später, 1988, ein Jahr vor dem Mauerfall, wird seine Mitarbeit wegen „Perspektivlosigkeit“ eingestellt. Ob er auch seine frühere Geliebte ausgeforscht hat, wird nicht ersichtlich, immerhin hat er seine „Spesen“, wenn er mit ihren in vornehmen Restaurants einkehrte, mit dem Geheimdienst abgerechnet.

Dr. Jörg B. Bilke

Zeitlose Jahre – Schreiben gegen das Schweigen

Weibliche Stimmen zu Verfolgung, Haft und den Folgen bis heute

Auch 35 Jahre nach dem Ende der DDR ist die Bedeutung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen für die Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft und der SED-Diktatur ungebrochen. Davon zeugt der Sammelband „Zeitlose Jahre“ mit 23 (auto)biografischen Beiträgen (von 22 Frauen und einem Mann), der über persönliche Geschichten die ganze Bandbreite an Verfolgungs-, Zersetzungs- und Strafmaßnahmen abbildet, die von der Sowjetischen Besatzungsmacht und dem SED-Regime in vier Dekaden ausgeübt wurden. Es sind Einblicke in Biografien, die unter die Haut gehen. Sie offenbaren die Rigorosität, die

Willkür und die ideologische Linie des Terrors, die in einer unbegreiflichen Härte Menschen traf, die selbstbestimmt leben wollten, die in Lagern zur Welt kamen und ohne jede Tatsache als Staatsfeinde angesehen wurden. Die enthaltenen Texte zeugen nicht nur vom Ausmaß der Repression, sondern verdeutlichen die weitreichenden Folgen für die Betroffenen: Bis heute leiden sie chronisch an seelischen und körperlichen Schäden.

Die Zeitzeugen berichten über berufliche Verfolgung, Bildungsverbot und Personal- ausweisentzug. Viele teilen das Schicksal,

aus politischen Gründen in Haft gekommen zu sein – etwa in das als berüchtigt geltende Frauengefängnis Hoheneck, in den Strafvollzug Hohenleuben, in die Untersuchungsgefängnisse der Staatssicherheit oder in Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe. Die ehemals Inhaftierten berichten von katastrophalen Haftbedingungen, von Unterversorgung, Kälte und hygienischen Missständen, von überbelegten Zellen, Schikanen und drakonischen Strafen, Isolation und Dunkelhaft. Sie schreiben von Todesfällen, Gewalt und psychischer Folter. Die Leser erfahren, wie wenig es brauchte, um aus politischen



Gründen ins Gefängnis zu kommen: der Spionageverdacht durch die Liebe zu einem russischen Militärangehörigen, die als „Kapitalisten“ verdächtigen Eltern, sich als Christ zu bekennen oder sich als Jugendlicher kritisch zu äußern, einen Ausreiseantrag zu stellen oder zu nah an der innerdeutschen Grenze zu leben. In wenigen Fällen hatten die Betroffenen überhaupt Zugang zu rechtllichem Beistand, viele sprechen von Rechtsbeugung.

Weibliches Schreiben

Die vorliegende Publikation wurde vom „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur“ initiiert und herausgegeben von drei ehemaligen Inhaftierten des Frauengefängnisses Hoheneck. Der Band beginnt mit der Geschichte von Margot Jann, die als junge Frau nach Kriegsende wegen „antisowjetischer Tätigkeit“ verurteilt wurde. Als Vereinsvorsitzende des „Frauenkreises ehemaliger Hoheneckerinnen“ setzte sie sich nach der Wiedervereinigung für die Aufklärung der Frauenschicksale von Hoheneck und die Rehabilitierung der politisch Inhaftierten ein. Dass hinter den verfolgten Frauen auch immer Familien und Freunde stehen und diese häufig mitbetroffen waren, darauf machen die Texte besonders aufmerksam und sensibilisieren somit für das anhaltende Leid und die fehlende gesellschaftliche Anerkennung.



.....
 Konstanze Helber, Carla Ottmann und
 Birgit Schlicke (Hg.): *Zeitlose Jahre. Frauen zwischen Repression und Freiheit in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR*, 232 S., Berlin: Vergangenheitsverlag 2024, ISBN 978-3864083273

Weil Kerstin Seifert Kontakt zu einem Mann aus dem Westen hatte, musste sie zu Verhören der Staatssicherheit. Ihr wurde der Personalausweis entzogen und sie durfte die Stadt nicht mehr verlassen. Dass sie daraufhin einen Ausreiseantrag stellte, brachte sie ins Gefängnis. Antje Fleischer wurden schon während ihrer Schulzeit Steine in den Weg gelegt, Abitur und Studium verwehrt, bis 1989 war sie in ihren persönlichen Bestrebungen eingeschränkt. Angelika Schmidt erging es ähnlich. Bereits im Schulalter war sie Verfolgung, Angst und Fremdbestimmung ausgesetzt. Die Verstrickungen, in die sie die Staatssicherheit hielt, begleiteten sie und ihren Mann auch nach verbüßter Haftstrafe und bis zur Ausreise 1979 in die Bundesrepublik.

Einige Frauen schreiben zum ersten Mal über ihre Verfolgungserfahrungen. So wie Erika Northoff. Nach einem Fluchtversuch in Bulgarien 1966 wurde sie festgenommen, von Sofia kam sie in die Gefängnisse der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen und Magdeburg. In monatelangen Verhören wurde versucht, ihr systemfeindliche Geständnisse und Details über ihre Angehörigen zu entlocken. Von den 14 Monaten in Haft verbrachte sie acht Monate in Isolation, bevor sie freigekauft wurde. Ihre Ehe scheiterte an den Haftfolgeschäden. Roswitha Drabek schreibt über ihre versuchte Flucht, die für sie mit 17 Jahren in der Jugendabteilung von Hoheneck endete. Unter dem Titel „Leiden, ein Leben lang“ formuliert sie ihre verstörenden Erlebnisse und wie ihr nach der Entlassung, zurück in die DDR, Verachtung entgegenschlug, Hämie und Zwang die Arbeit und den Alltag prägten. Mit ihren Eltern konnte sie nie über ihre Haftzeit sprechen.

Geschildert werden im Band auch die brutale Säuberungspraxis der Sowjetischen Militäradministration, die oft unter fadenscheinigen Vorwürfen zu Verschleppung, Todesurteilen und langen Zuchthausstrafen führten. Wie lebensprägend das politische Unrecht auch die Angehörigen miteinschloss, wird am Beispiel von Alexander Latotzky deutlich, der nach seiner Geburt im Speziallager Bautzen (zusammen mit seiner Mutter) nach Hoheneck kam. Latotzky gründete 1997 den Verein „Kindheit hinter Stacheldraht“ und recherchierte, wie rücksichtslos mit den Müttern und ihren Kindern umgegangen wurde. Er fand über 100 weitere, sogenannte Lagerkinder. Seine eigene Mutter hatte die Vergewaltigung und Ermordung ihrer Mutter durch Sowjetsoldaten gemel-

det und wurde daraufhin wegen angeblicher Agententätigkeit zu 15 Jahren Straf-arbeitslager verurteilt. Während der Haft zwang man sie zur Spitzeltätigkeit mit der Aussicht, ihr Kind wiederzubekommen. Als „Faustpfand“ blieb der kleine Alexander im Heim, bis seine Mutter nach sieben Jahren in Hoheneck wieder in die DDR entlassen wurde.

Birgit Schlicke erlebte den Mauerfall mit 19 Jahren in Hoheneck, nachdem ihre Eltern einen Ausreiseantrag gestellt hatten. Mit Karin Sorger und Natalie Wöhrle-Sorger kommen Mutter und Tochter zu Wort, deren Lebensumstände vor und nach der verhinderten Flucht und der Inhaftierung der Mutter dargestellt werden. Ein gescheiterter Fluchtversuch brachte auch die Chemikerin Gisela Mauritz nach Hoheneck, für insgesamt sieben lange Jahre. Ihr Sohn wurde ihr entzogen und zwangs-adoptiert. Unter all den menschenunwürdigen Erfahrungen, die sie durchmachen musste, beschreibt die Mutter den Kindesentzug als die schlimmste, weil „lebenslängliche Strafe“.

Neue Gedenkstätte

Viele der im Sammelband zu Wort kommenden Frauen versuchten aus der DDR zu fliehen, wurden verraten oder entdeckt und gelangten so in Haft. Wegen „Republikflucht“ kam auch Gunhild Gerth nach acht Monaten Untersuchungshaft für 23 Monate nach Hoheneck. Ihr Beitrag thematisiert die schlechten Haftbedingungen, die nicht einmal Betten für alle Inhaftierten boten. Sie schildert eindringlich das unmenschliche Vorgehen der Bewacher. Nach 1990 schrieb sie einen Brief an jene „Frau Oberleutnant“, die zu den gefürchtetsten „Wachteln“ in Hoheneck gehörte, ein Ausdruck unter den Gefangenen für das weibliche Wachpersonal. In ihrem Brief konfrontiert sie die ehemalige Gefängnismitarbeiterin auch mit dem Fall Brigitte Klopfer, die mit 18 Jahren in einem Krankenhaus in Karl-Marx-Stadt starb, nachdem sie während der Nachtschicht zusammengebrochen war. Nur einer von mindestens 170 Todesfällen zwischen 1945 und 1989 in Hoheneck.

Im größten Frauengefängnis der DDR waren zwischen 1950 und 1989 rund 24.000 Frauen inhaftiert, darunter 8.000 aus politischen Gründen. Im Juli 2024 wurde am Haft- und Erinnerungsort Hoheneck im Beisein des Bundespräsidenten eine neue Gedenkstätte eröffnet. Gelungen ist die Errichtung – nach jahrzehntelangen Bemühungen – unter der Leitung

des Historikers Stefan Appelius und in Zusammenarbeit mit der Stadt Stollberg. Möglich gemacht wurde es aber vor allem durch das hartnäckige Engagement der Zeitzeuginnen, die öffentlich und

unermüdlich an die politisch verfolgten Frauen erinnerten. Im September startete der reguläre Besucherbetrieb für die Dauerausstellung und regelmäßige Bildungsprojekte. Für Betroffene und ihre Angehörigen

steht zusätzlich ein Zeitzeugenbüro zur Verfügung.

Elke Kühns
Kunsthistorikerin, Berlin

Verdoppeltes Leben

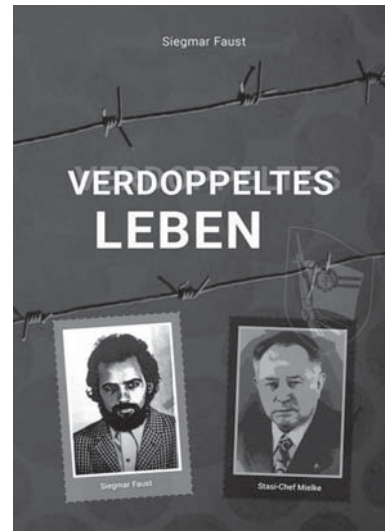
Während seiner Haft im DDR-Gefängnis Cottbus wurde er durch seinen Mut bekannt: Siegmund Faust. Obwohl schon in der Absonderungshaft, also innerhalb des Knast unter besonders geschärften Bedingungen, gelang es ihm, eine illegale Zeitung herzustellen. Mithäftlinge machten ihm Papier und Kugelschreiber zugänglich, so entstand das „Arme Deutschland“. Nicht nur der Titel, auch die Aufmachung erinnerten an das „Zentralorgan“ der SED. Unter den Haftkameraden, etwa im Arbeitsbereich „Sprela“, wurde die Zeitung von Mann zu Mann weitergegeben. Mit wirklichen oder erfundenen Lenin- und Marx-Zitaten gegen die Partei – das lies lachen, das spendete Optimismus. Humor gibt Kraft, das wußte schon der großartige Werner Finck. Daran kann ich mich gut erinnern: Wir fühlten uns bei Sprela fast als verschworene Gemeinschaft. In einer solchen Situation gab es noch Widerstand gegen die Partei, gewaltlos, Ein Foto des Armen Deutschland ist im ersten Band eines zweiteiligen Werkes enthalten, den Faust nunmehr vorgelegt hat. Neben einer Vielzahl von Gedichten und sonstigen literarischen Texten enthält das Buch Informationen zur Haftsituation, auch unabhängig von Fausts eigenem Erleben. Sehr deutlich wird, welcher Art Menschen politische Häftlinge in der DDR ausgesetzt waren. Am Beispiel Günter Hoffrichters zeigt er auf, dass sogenannte Erzieher nicht unbedingt die hellsten Leuchten waren. Hoffrichter erweckte auch bei mir den Eindruck, dass er nicht nur geistig minderbemittelt, sondern auch höchst böseartig war. Im Hinblick auf seine Vernehmer bei der Stasi ist sich Faust nicht sicher, ob sie ihre Dummheit nur gespielt haben. In ihrer Mehrzahl waren die politischen Häftlinge Menschen, denen Fluchtversuch oder Fluchtabsicht vorgeworfen wurde. SED-Funktionäre sprachen von „unseren Menschen“, was ihren Eigentumsvorbehalt deutlich werden lässt. Wenn Menschen als Eigentum des Staates betrachtet werden und sie dies in Frage stellen, werden sie eingesperrt und dann verkauft. In Fausts Buch sieht man solche Logik dokumentiert. „Herrscht der Haifisch mitten im Meer, gibt es einen sicheren Test: Staatsverbrecher ist der, der sich nicht fressen lässt“, sagte man in Polen. In demselben Zusammenhang ist

es zu sehen, dass in der DDR eine Vielzahl von Büchern politischen und philosophischen Inhalts „gesperrt“ waren. Faust hatte illegalerweise in Leipzig Zugang zur „Giftkammer“ der Deutschen Bücherei, worüber er berichtet. So erhielt er Einblick in die politische Diskussion, die im Westen zur Kommunismus-Thematik geführt wurde. Am Beispiel des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 macht er deutlich, dass er die Totalitarismustheorie als modernes und gültiges Erklärungsmuster einordnet. Im Hinblick auf die Massenverbrechen sieht Faust viele Ähnlichkeiten zwischen dem Nationalsozialismus in Deutschland und dem kommunistischen Sozialismus in der Sowjetunion.

Am Anfang enthält das Buch viele biographische Daten. Faust zeigt dann seine Entwicklung als Schüler und Student auf, vor allem seine Hinwendung vom gläubigen „Jungmarxisten“ zum kritischen Denker. Der Buchtitel bezieht sich darauf, dass er zweimal inhaftiert war, dass er zwei Gesellschaftssysteme kennenlernte, dass er zwei ideologische Systeme durchlebte. Faust erlebte, dass an seiner Person schweres Unrecht begangen wurde. In seiner „Ostzeit“ war es die SED, von der man als bildungshungriger und kritischer Mensch nichts anderes erwarten konnte. In anderer Form erlebte er aber auch im Westen Bösartigkeit und Ungerechtigkeit, ja geradezu Formen von Zersetzung. Besonders betrüblich war es, dass politische und vermeintlich persönliche Freunde ihn im Stich ließen. Doch darüber wird man hoffentlich im Band II einiges erfahren. Man darf jedenfalls gespannt sein.

Noch eine Anmerkung: Man ist eigentlich dankbar für ein Personenverzeichnis, was das Lesen solch dicken Buches erleichtern könnte. Jedoch fehlen dort Namen wie Demmler, Flade, Hilbig, Reimann, Weiland, die im Text enthalten sind. Bei einer Neuauflage des Buches sollte dies berücksichtigt werden, zumal andererseits einige Namensnennungen überflüssig sind. Vor allem wäre die Angabe der jeweiligen Seitenzahl wünschenswert.

Bernd Lippmann



.....
Siegmund Faust: *Verdoppeltes Leben*. Verlag Inspiration Unlimited Berlin 2024, 572 S., ISBN 978-945127537.
.....

UOKG e.V.

Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage
10365 Berlin-Lichtenberg
U5 und Bus 240 Magdalenenstraße

UOKG-Geschäftsstelle

Tel. (030) 55 77 93 51
Fax (030) 55 77 93 40
E-Mail info@uokg.de
Internet: www.uokg.de/verein/beratungsstelle/
Mo, Di, Mi 10.00–16.00 Uhr
Do, Fr 10.00–14.00 Uhr

UOKG-Beratungsstelle

Internet: www.uokg.de/verein/beratungsteam/
Persönliche Termine für Beratungen
nur nach telefonischer Absprache

Juristische Beratung

Martina Kegel, Juristin
Telefonische Sprechzeiten: Di, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

DDR-Zwangsadoption und Heimkinder

Cornelia Kurtz
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Di, 10.00–15.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54, Mobil: 0151 721 098 10
E-Mail: kurtz@uokg.de

Psychosoziale Beratung / Soziale Beratung

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych. /
ab 01.02.2024 in Vertretung Anne Maltusch
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52, E-Mail: maltusch@uokg.de

Psychosoziale Beratung / Soziale Beratung

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Die Geschäftsstelle wird von der Beauftragten für Kultur und Medien und die Beratungsstelle vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT oder die UOKG gespendet oder den Stacheldraht abonniert haben.

Zitat

„Ich vergesse nie, dass die Menschen in allen Umständen und Zeiten weder mehr noch weniger als Menschen sind. Daher kommt es, dass ich nichts Vollkommenes von ihnen erwarte, und mich nie darüber formalisiere, wenn sie nicht wie Götter reine Geister, stoische Weise, sondern nur wie arme Erdenklöße, weder weiser noch konsequenter noch uneigennütziger handeln, als man es seit so vielen Jahrtausenden von den Adamskindern gewohnt ist oder doch billig seyn sollte.“
Der Neue Teutsche Merkur vom Jahr 1791: Erster Band, S.425, herausgegeben von Christoph Martin Wieland

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“ – Überblickführung

Die Bernauer Straße war einer der Kristallisationspunkte der deutschen Teilung. Hier kann die Bandbreite der Folgen des Mauerbaus exemplarisch aufgezeigt werden: Die Zerstörung von Stadtraum und Lebenswegen, die Trennung von Familienangehörigen und Freunden sowie die Versuche, die Mauer zu überwinden.

www.stiftung-berliner-mauer.de/de/gedenkstaette-berliner-mauer/besuch/fuehrungen

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:
Konto: UOKG e.V.
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN
Verwendungszweck
„ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis: aktuell Jahresabo 10 Euro inkl. Postversand, Einzelausgabe 1,50 Euro inkl. Postversand
Jahresabo 9 Euro elektronische Ausgabe (pdf), Einzelausgabe 1 Euro elektronische Ausgabe (pdf)

Bezug über die Redaktion [mailto: der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 2/25: 21. Februar 2025

Redaktionsschluss Ausgabe 3/25: 25. März 2025

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

